



Jahresbericht 2022

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

Geschäftsführender DIHK-Vorstand*

Präsident



Peter Adrian

Präsident der IHK Trier
(Vorstand der TRIWO AG, Trier)

Hauptgeschäftsführer



Dr. Martin Wansleben

Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Industrie- und
Handelskammertages e.V.

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten



Marjoke Breuning

Präsidentin IHK Region Stuttgart
(Geschäftsführerin der
Maute-Benger GmbH, Stuttgart)



Klaus Olbricht

Präsident der IHK Magdeburg
(Geschäftsführer der Elektromotoren und
Gerätebau Barleben GmbH, Barleben)



Ralf Stoffels

Präsident der Südwestfälischen IHK zu Hagen
und Präsident von IHK NRW
(geschäftsführender Gesellschafter
der BIW Isolierstoffe GmbH, Ennepetal)



Klaus-Hinrich Vater

Vizepräsident der IHK zu Kiel
(Geschäftsführer der Vater Holding
GmbH, Schwentinental)



Geschäftsführender Vorstand des DIHK (v.l.n.r.):
Martin Wansleben, Marjoke Breuning, Ralf Stoffels,
Peter Adrian, Klaus-Hinrich Vater, Klaus Olbricht

* Der Präsident, die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Hauptgeschäftsführer bilden den geschäftsführenden Vorstand im Sinne von § 26 BGB. Stand: 31.12.2022

Mitglieder des DIHK-Vorstandes

**Prof. Norbert Aust**

Präses der HK Hamburg
(Geschäftsführer der ABH
Besucherhaus GmbH PIERDREI Hotel
Hafencity Hamburg, Hamburg)

**Dr. Hanno Dornseifer**

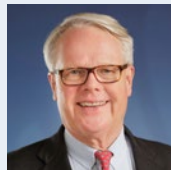
Präsident der IHK Saarland
(Mitglied des Vorstandes VSE AG,
Saarbrücken)

**Wolfgang Grenke**

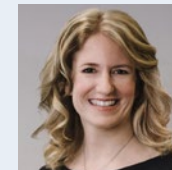
Präsident der IHK Karlsruhe
(Geschäftsführer der Grenke
Beteiligung GmbH & Co. KG,
Baden-Baden)

**Matthias Belke**

Präsident der IHK zu Schwerin
(Geschäftsführer der Autoteile
M&M GmbH, Ludwigslust)

**Eduard Dubbers-Albrecht**

Präses der Handelskammer Bremen –
IHK für Bremen und Bremerhaven
(geschäftsführender Gesellschafter der Ipsen
Logistics Holding GmbH & Co. KG, Bremen)

**Dr. Nicole Grünewald**

Präsidentin der IHK zu Köln
(geschäftsführende Gesellschafterin
der The Vision Company
Werbeagentur GmbH, Köln)

**Dr. Bernhard Brons**

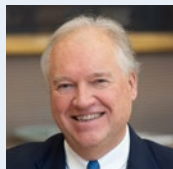
Präsident der IHK für Ostfriesland
und Papenburg
(Alleinvorstand der
Aktiengesellschaft Ems, Emden)

**Christian Otto Erbe**

Präsident der IHK Reutlingen
(Geschäftsführer der Erbe
Elektromedizin GmbH, Tübingen)

**Ina Hänsel**

Präsidentin der IHK Potsdam
(Gesellschafterin der BRACON GbR,
Am Mellensee)

**Ulrich Caspar**

Präsident der IHK Frankfurt am Main
(Mehrheitsgesellschafter und Prokurist der
Econo consultations Immobilien- und
Unternehmensberatungsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main)

**Dr. Christian Gastl**

Präsident der IHK Wiesbaden
(Geschäftsführer der B+G Revisions-
und Beratungsgesellschaft mbH,
Wiesbaden)

**Stefan Hagen**

Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg
(Geschäftsführer der Hagen
Consulting & Training GmbH,
Siegburg)



Deutsche
Industrie- und Handelskammer

Mitglieder des DIHK-Vorstandes

**Dr. Miriam Holstein**

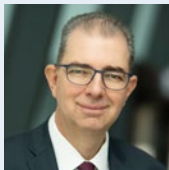
Präsidentin AHK Finnland
(CEO der Nordic Region Bayer
Nordic SE, Espoo)

**Prof. Klaus Josef Lutz**

Präsident der IHK für München und
Oberbayern
(Vorstandsvorsitzender der BayWa AG,
München)

**Sebastian Stietzel**

Präsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der
MARKTFLAGGE GmbH, Berlin)

**Andreas Kirschenmann**

Präsident der IHK Lüneburg-Wolfsburg
(geschäftsführender Gesellschafter
der Gastroback GmbH, Hollenstedt)

**Dr. Klaus D. Mapara**

Präsident der IHK Würzburg-Schweinfurt
(Geschäftsführer der krick.com GmbH &
Co. KG, Eibelstadt)

**Susanne Szczesny-Oßing**

Präsidentin der IHK zu Koblenz
(Vorstandsvorsitzende der EWM AG,
Mündersbach)

**Dr. Andreas Kopton**

Präsident der IHK für Augsburg
und Schwaben
(Vorstand der HPC Harress Pickel
Consult AG, Harburg)

**Astrid Nissen-Schmidt**

Vizepräsident der HK Hamburg
(Geschäftsführerin der FREIHEIT GmbH
WPG, Hamburg)

**Dr. Peter Traut**

Präsident der IHK Südthüringen
(Geschäftsführer der OMROS Gesellschaft
für Umwelttechnik mbH, Hildburghausen)

**Jutta Kruft-Lohrengel**

Präsidentin der IHK für Essen, Mülheim
an der Ruhr, Oberhausen zu Essen
(geschäftsführende Gesellschafterin der
Autohaus Kruft GmbH, Oberhausen)

**Dr. Andreas Sperl**

Präsident der IHK Dresden
(Geschäftsführer der Elbe Flugzeugwerke
GmbH, Dresden)

Umschlagfoto: Gastgeber und DIHK-Präsident Peter Adrian (l.) neben Bundeskanzler Olaf Scholz und dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal auf dem Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum im Oktober 2022 im Haus der deutschen Wirtschaft. Vierter von links: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

DIHK-Ausschussvorsitzende | Wahlperiode 2021 – 2024



Karl Angler
Vorsitzender des
Geld- und Kreditausschusses



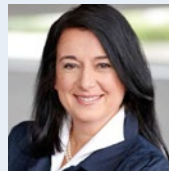
Georg Dettendorfer
Vorsitzender des
Verkehrsausschusses



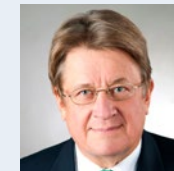
Dr. Peter Kulitz
Vorsitzender des
Außenwirtschaftsausschusses



Bernd Behrens
Vorsitzender des
Handelsausschusses



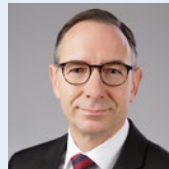
Gabriele Fink
Vorsitzende des Ausschusses für
Kommunikation und Medien



Hans-Werner Lindgens
Vorsitzender des
Mittelstandsausschusses



Dr. Wolfgang Blank
Vorsitzender des Ausschusses
für Gesundheitswirtschaft



Dr. Christof Günther
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt und Energie



Thomas Meyer
Vorsitzender des
Haushaltsausschusses



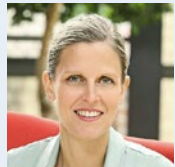
Christine Büring
Vorsitzende des
Tourismusausschusses



Ralf Herbener
Vorsitzender des
Finanz- und Steuerausschusses



Susanne Szczesny-Oßing
Vorsitzende des Ausschusses
für Industrie und Forschung



Swaantje Creusen
Vorsitzende des
Bildungsausschusses



Götz Kaßmann
Vorsitzender des
Rechtsausschusses



Torsten Wunderlich
Vorsitzender des Ausschusses
für Informations- und
Kommunikationstechnologie

Jahresbericht 2022

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**



DIHK-Jahresbericht 2022 – Inhalt

Vorwort	5
Transformation	7
Deutschland zwischen Krieg und Krisen	9
Fachkräftesicherung – eine von vielen großen Baustellen	17
Wirtschafts- und Mittelstandspolitik	25
Steuer- und Finanzpolitik	34
Digitalisierung und Cybersicherheit	37
International	41
Recht	59
Energie, Umwelt, Klima	63
Wirtschaftsjunioren Deutschland – Lobbyarbeit für die junge Generation	73
DIHK-Finanzen 2022	74
Impressum	79



Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin, Sitz von BDA, BDI und DIHK

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wer nach den Coronajahren dachte, wir hätten eine Atempause verdient, der wurde schon im Februar 2022 eines Besseren belehrt – genau gesagt eines noch Schlimmeren: Der russische Angriff auf die Ukraine und die furchtbaren Folgen für die Menschen in diesem Land haben den Krieg zurück nach Europa gebracht – mit all seinen Konsequenzen auch für die deutsche Wirtschaft.

Während der Bundeskanzler in Berlin die sicherheitspolitische Zeitenwende erklärte, erlebten die deutschen Betriebe quer durch alle Branchen eine bislang so nicht gekannte Wendezeit. Weitreichende Sanktionen gegen die russische Wirtschaft, schwerwiegende Belastungen der globalen Lieferketten und vor allem rasant steigende Energiepreise – das war die Situation nach dem 24. Februar.

Die deutsche Industrie gehört zu den leistungsstärksten der Welt. Dafür braucht sie Energie, viel Energie: Etwa 70 Prozent des Erdgasverbrauchs finden in der Wirtschaft statt. Der sprunghafte und massive Anstieg der Kosten für Öl, Kohle und Gas bedeuten für die hiesigen Unternehmen erhebliche Belastungen im internationalen Wettbewerb. Ambitionierte Energiesparziele sind in dieser Situation ein zweischneidiges Schwert. Denn (zu) viele Unternehmen haben in dieser Lage nur einen Ausweg: Produktionen drosseln, ins Ausland verlagern oder gar ganz einstellen. Damit kann hierzulande zwar massiv Energie gespart werden – aber zu welchem Preis?

Industrieunternehmen, die nicht produzieren, generieren keine Wertschöpfung und bieten keine Arbeitsplätze an; außerdem fehlen ihre Produkte in den Lieferketten, was neue Belastungen für andere Betriebe verursacht. Wo hoher Preisdruck herrscht, droht darüber hinaus Abwanderung. Was für ein Verlust wäre das für unser international hoch angesehenes Industrieland – wenn es für energieintensive Unternehmen endgültig an Attraktivität verlöre?

Die Politik hat im Laufe des Jahres reagiert und auf vielen Feldern aktiv gehandelt. Insbesondere Gas- und Strompreisbremse helfen. Durch die gedeckelten Preise bekommen die Unternehmen mit dem

1. Januar 2023 Klarheit. Das ist eine gute Nachricht, auch wenn uns die Ausgestaltung des Gesetzes insbesondere wegen zahlreicher Auflagen für einen Teil der Wirtschaft überhaupt nicht gefallen kann.

Und leider bleibt das Grundproblem bestehen: Energie ist in Deutschland und Europa zu teuer – in Frankreich und den USA beispielsweise zahlen Unternehmen nur einen Bruchteil davon.

Was wäre der Standort Deutschland etwa ohne die Chemiewirtschaft, die mit einem Umsatz von zuletzt 227 Milliarden Euro eine der bedeutendsten Wirtschaftssparten Deutschlands ist? Ihre Betriebe leiden teilweise existenzbedrohend unter den hohen Energiepreisen. Und gleichzeitig stehen sie symbolisch für ein Deutschland, das an Wettbewerbsfähigkeit verliert: Auch bei den Standortfaktoren Infrastruktur, Digitalisierung, Bürokratieabbau sowie Steuer- und Abgabenbelastung hinken wir im internationalen Vergleich hinterher. Deutschlands Wirtschaft braucht jetzt Rückenwind durch einen schnellen Staat mit beweglichen Behörden – wir haben zum Jahreswechsel zehn konkrete Punkte herausgearbeitet, an denen unser Land endlich den Tempo-Turbo zünden kann.

Die deutschen Unternehmen haben sich in den aktuellen Krisen bislang resilient und im hohen Maße anpassungsfähig gezeigt. Es kann aber niemand davon ausgehen, dass diese hohe Belastungsfähigkeit andauern wird: Wenn der Verlust von Eigenkapital zu groß wird, bleiben Innovationen und Investitionen auf der Strecke – und damit die Durchsetzungskraft insbesondere auf den internationalen Märkten.

Hoffen wir, dass 2023 ein besseres Jahr wird – für die Wirtschaft und für den globalen Frieden.

Herzlich

Peter Adrian

Martin Wansleben



Peter Adrian, DIHK-Präsident



**Martin Wansleben,
DIHK-Hauptgeschäftsführer**





Schreibarbeit für den Rechtsformwechsel: Hier unterzeichnen DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben (l.) und DIHK-Präsident Peter Adrian im Januar 2023 das gerade beschlossene Satzungsrecht der DIHK. Zum Jahreswechsel haben sie außerdem die Löschung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e.V. aus dem Vereinsregister beantragt. Ganz rechts im Bild: Axel Rickert, DIHK-Referatsleiter Kammerrecht

Transformation



Ein Jahr der Transformation: Hin zur „Deutschen Industrie- und Handelskammer“

1861 wurde der Deutsche Handelstag mit dem Ziel gegründet, die Gewerbefreiheit und den freien Handel zu stärken. Seitdem gibt es eine sich wandelnde Struktur öffentlich-rechtlicher regionaler Industrie- und Handelskammern und einen Dachverband in privater Rechtsform: den DIHK e.V.

Zuletzt kam es allerdings zu rechtlichen Widersprüchen zwischen den öffentlich-rechtlichen Pflichten der IHKs, den Rechten der gesetzlichen Mitglieder und den Aufgaben des Dachverbandes, die von der Rechtsprechung nicht aufgelöst werden konnten. Zuletzt erzwang das Bundesverwaltungsgericht im Oktober 2020 den Austritt einer IHK aus dem DIHK und stellte damit nicht allein die Vollständigkeit der Gesamtinteressenvertretung der gewerblichen Wirtschaft, sondern im Ergebnis auch die effektive wirtschaftliche Selbstverwaltung in Deutschland insgesamt in Frage.

Bundesregierung und Bundesgesetzgeber haben darauf mit dem novellierten Gesetz über Industrie- und Handelskammern – das IHKG – vom August 2021 reagiert und eine reformierte Struktur geschaffen. Alle IHKs sind nun gesetzliches Mitglied einer neuen Kammer auf Bundesebene, der „Deutschen Industrie- und Handelskammer“ (DIHK), die so zur „IHK der IHKs“ wird. Die DIHK hat national, europäisch und international die gleichen Aufgaben wie die regionalen IHKs – darunter die Wahrnehmung des Gesamtinteresses und die Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Hinzu kommt erstmalig die gesetzliche Aufgabe, das Netzwerk der rund 150 Standorte der Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen in über 90 Ländern zu fördern und koordinieren.

Für die Umwandlung eines privaten Vereins in eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es keine Vorbilder in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Rechtsklarheit bestand vor allem durch den vom IHKG vorgesehenen identitätswahrenden Formwechsel: Dadurch tritt die DIHK in alle Rechten und Pflichten des DIHK e.V. ein. Etliche Sachfragen stellten sich allerdings gänzlich neu, denn die Transformation betraf auch eine Vielzahl von Praktiken, für die nun öffentlich-rechtliche Standards gelten – ohne dass es auf Bundesebene immer entsprechende eindeutige Regelungen für Einrichtungen der Selbstverwaltung gibt. Dies reichte von Reiserichtlinien über Bilanzierungsgrundsätze bis hin zum Vergaberecht. Im Kontakt mit der neuen Rechtsaufsicht des DIHK, dem BMWK, sowie dem Bundesrechnungshof konnten hier Lösungen gefunden werden.

Selbstverwaltung bedeutet zugleich, dass die DIHK sich ihre gesamte innere Struktur im Rahmen des Gesetzes selbst neu geben bzw. bestätigen musste. 2022 wurde damit folgerichtig zum Jahr einer intensiven Selbstüberprüfung und Aktualisierung unseres Selbstverständnisses sowie der gemeinsamen Werte: Ein Satzungskonvent, in dem alle IHKs vertreten waren, und eine AG Kulturwandel diskutierten unter intensiver Beteiligung des Ehrenamtes über rechtliche und organisationskulturelle Fragen. Gremien in den IHKs und AHKs nahmen teil und überprüften kritisch ihr Selbst- und Fremdbild.

Das Ergebnis war einhellig: Mit der neuen Satzung der DIHK werden bewährte Traditionen beibehalten, darunter das gleiche Stimmrecht in der Vollversammlung für jede Kammer ohne Gewichtung nach Mitgliedern oder Gewerbeertrag, kurz „One chamber, one vote“. Das sichert die über lange Zeit gelebte Integrität und Solidarität der Gesamtorganisation, während zugleich regionale Unterschiede ihren angemessenen und wichtigen Platz über eine entsprechende Sitzverteilung im Präsidium gefunden haben.

Gleichzeitig werden neue, moderne Möglichkeiten für das so gestaltungskräftige Netzwerk der IHKs im Inland und der AHKs in aller Welt geschaffen: Die Beispiele reichen von besseren Beteiligungsoptionen für die Unternehmen, vielfach auch digitaler Natur, über neue Transparenz bis hin zu einem AHK-Kuratorium. Auch ein „Rat für Integrität und Schlichtung“ wird mit der Aufgabe eingesetzt, den Kompetenzrahmen der DIHK im Blick zu behalten, die Nähe zu Mitgliedern und Unternehmen zu verbessern, eventuelle Konflikte zu lösen sowie proaktiv Verfahren zu optimieren. Bewährte Einrichtungen wie die Rechnungsprüfungsstelle der IHKs werden reformiert und neue Einrichtungen konstituiert: So wird ein Schiedsgerichtshof als Ort für die IHK-Aufgabe der außergerichtlichen Streitbeilegung neu geschaffen, denn: Recht und effektive Streitbeilegung sind ein Standortfaktor.

Am Ende des Jahres stand fest: Die DIHK selbst hat die fehlende Rechtssicherheit wiederhergestellt. Eine IHK-Organisation aus regionalen IHKs, einer bundesweiten Dachorganisation und dem Netzwerk der international tätigen AHKs steht nun auf einer gemeinsamen Rechtsgrundlage. Die DIHK wird als über 162 Jahre alte und zugleich neue Organisation die Interessen der Unternehmerinnen und Unternehmer vertreten und so weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes gerade in Zeiten leisten, die eine ausgewogene Stimme der Wirtschaft brauchen.



5. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum, Berlin, 24.Oktober 2022:
Peter Adrian, DIHK-Präsident, Denis Schmyhal, Premierminister der Ukraine, Hans-Ulrich Engel,
Vice Chairman of the German Eastern Business Association, Olaf Scholz, Bundeskanzler

Deutschland zwischen Krieg und Krisen



Ein Krieg bricht aus. Der 24. Februar teilt für viele Unternehmen in Deutschland das Jahr in ein Davor und ein Danach ein: Der russische Angriff auf die Ukraine hat zu massiven geopolitischen Verwerfungen geführt und auch die globale Wirtschaftslage durcheinandergebracht. Stark steigende Energiepreise, zeitweise Verdoppelung der Weizenpreise, ein schwächerer Euro, Kapriolen am Aktienmarkt, Rückzug vieler Unternehmen aus dem russischen Markt. „Unternehmerinnen und Unternehmer, gerade auch mit Verbindungen in die Region, sind entsetzt über diesen sinnlosen Krieg“, sagte DIHK-Präsident Peter Adrian in einer medialen Reaktion. „In der deutschen Wirtschaft gibt es großes Verständnis dafür, dass die Politik mit harten und wirksamen Sanktionen gegen die Verursacher reagieren muss. Ein Krieg ist keine Basis für wirtschaftlich tragfähige Beziehungen.“

AHK World Business Outlook fängt Stimmung der Unternehmen ein

Der Krieg überlagert die noch andauernde Coronakrise. International mussten die deutschen Unternehmen daher Federn lassen: Die Ergebnisse des AHK World Business Outlook haben schon im Frühjahr eindrucksvoll dargelegt, wie stark die internationalen Standorte der heimischen Unternehmen betroffen waren. Zwei Drittel von ihnen berichteten von höheren Kosten für Energie, Rohkosten und Vorleistungen, mehr als jedes zweite Unternehmen von Störungen in der Lieferkette und Logistik. Mindestens genauso alarmierend las sich die Einschätzung zur weiteren Entwicklung: 35 Prozent der befragten Unternehmen gingen davon aus, Geschäftsbeziehungen in bestimmten Regionen langfristig einschränken oder beenden zu müssen. Über ein Drittel erwartete eine Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten. Und weitere 34 Prozent gaben an, ihre Risikobewertung von Standorten anzupassen.

DIHK richtet sofort Taskforce ein

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges wurde im DIHK eine Taskforce eingerichtet, die sich mit den Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft beschäftigt. In regelmäßigen Austauschformaten wurden die IHKS sowie die AHKS mit eingebunden, um sowohl einen Überblick über die geleistete Hilfe seitens der Wirtschaft als auch über die Anliegen und Nöte der Unternehmen zu gewinnen. Für die Website des DIHK wurde ein Dossier erstellt, das den IHKS und deren Mitgliedsunternehmen unter anderem eine Übersicht zum aktuellen Stand der Sanktionen sowie zu Ansprechpartnern im DIHK, dem Auswärtigen Amt, dem BMWK und dem BAFA geben sollte.

Für das gemeinsame Wissensmanagement wurde ein Arbeitsraum eingerichtet. Er diente dem Wissenstransfer der Kolleginnen und Kollegen in der IHK-Organisation untereinander. Der DIHK sowie einige IHKS haben zudem ein Postfach bzw. eine Hotline für Unternehmensanliegen eingerichtet, damit die Unternehmen auch über diesen Weg den Kontakt zur IHK-Organisation finden konnten.

AHKs unterstützen vor Ort

Das Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKS) hat sich seit der Coronakrise einmal mehr als eine Stütze der sehr international ausgerichteten deutschen Wirtschaft erwiesen. Nicht nur in der Ukraine, in Russland und Belarus, sondern auch in vielen der Nachbarländer leisteten die AHK-Teams vor Ort einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Geflüchteten und von Betrieben. Die Auswirkungen der Sanktionen – sowohl der EU als auch z.B. der USA, Großbritanniens und Japans – führten zu einer großen Nachfrage nach Beratung und Begleitung des täglichen Geschäfts. Durch das Netz-

werk ist eine Grundlage für die Unterstützung der wirtschaftlichen Tätigkeit vorhanden – in Krisensituationen sowie in friedlichen Zeiten.

Wirtschaft startet Hilfsprogramme

Anfang März startete der DIHK unter #Wirtschafthilft ein koordiniertes Angebot für Unternehmen, die bereits in der Hilfe für die Ukraine bzw. für die von dort geflüchteten Menschen aktiv sind oder sich entsprechend engagieren wollen. Auch BDA, BDI und ZDH schlossen sich an, innerhalb von 48 Stunden wurde eine gemeinsame Webseite mit sehr konkreten Tipps und Kontaktadressen hochgezogen: www.wirtschafthilft.info.

Eindrucksvoll sind auch die ersten konkreten Beispiele: „Viele Betriebe sind mit Herzblut dabei: Sie transportieren Hilfsgüter, Fahrzeuge oder Medikamente in die Region und bringen Menschen aus der Gefahrenzone. Sie stellen Mitarbeiter frei, die helfen wollen, sie nehmen ukrainische Geflüchtete auf“, so DIHK-Präsident Peter Adrian. Das bundesweite IHK-Netzwerk zeigt auch hier seine Leistungsfähigkeit vor Ort. Über Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Haus, auch aus dem beim DIHK angesiedelten Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“, konnten hier sehr schnell konkrete Hilfe organisiert und Bedarf erkannt werden.

Lieferketten geraten unter Druck

Während der deutsche Bundeskanzler im Bundestag die sicherheitspolitische „Zeitenwende“ ausrief, sortierte die Wirtschaft unter Hochdruck ihre Lieferketten neu. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, arbeiteten viele Unternehmen intensiv an der Diversifizierung und Resilienz ihrer Lieferketten und beschäftigten sich mit globalen Alternativen. Bis zum Herbst 2022 würden mehr als zwei Drittel von

ihnen neue oder zusätzliche Lieferanten gefunden haben oder planen, ihre Lieferantennetzwerk zu erweitern – das zeigte eine Auswertung des AHK World Business Outlooks aus dem Oktober. Bei ihren Vorhaben fanden die Unternehmen im Netz der Auslandshandelskammern beim Aufbau neuer Standorte und Geschäftsbeziehungen Unterstützung.

Sanktionspakete gegen Russland treten in Kraft

Unmittelbar nach dem russischen Angriff wurden in enormem Tempo weitreichende Sanktionspakete gegen Russland und Belarus erlassen: umfassende güterbezogene Aus- und Einfuhrverbote, Finanzsanktionen und Dienstleistungsverbote. Zahlreiche Unternehmen stellten aus eigenem Antrieb ihre Geschäftstätigkeiten in und mit Russland ein. Die globale Wirtschaft veränderte sich. Das schwächte zwar die wirtschaftlichen Kapazitäten Russlands, gleichzeitig stellten die Sanktionen eine große Herausforderung für die deutschen Unternehmen mit weiterhin zulässigem Russlandgeschäft dar.

Zudem belasteten „Over-Compliance“ bei Zoll und Banken sowie äußerst lange Verfahrensdauern für Nullbescheide und Genehmigungsanträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Unternehmen zusätzlich stark belastet. Die Verunsicherung bei Unternehmen wuchs: Soll, darf, kann ich noch mit Russland Geschäfte treiben? Die IHKs unterstützten ihre Mitgliedsunternehmen und der DIHK wiederum die IHKs mit unzähligen Auskünften dabei, den für sie richtigen Weg zu finden – und sich dabei im Sanktionsdschungel zurechtzufinden.

Heimische Betriebe sind in der Breite betroffen

Bei einer bundesweiten DIHK-Blitzbefragung gaben Mitte März 78 Prozent der heimischen Betriebe an, vom Krieg und seinen Auswirkungen geschäftlich betroffen zu sein. „Trotz dieser schmerzlichen Einbußen hören wir kaum Kritik an den verhängten Sanktionen“, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben bei der Vorstellung der Ergebnisse. Über alle Branchen hinweg nannten neun von zehn Unternehmen

höhere Energiekosten als spürbare Auswirkung im eigenen Betrieb. „Dieser Effekt erreicht die gesamte Wirtschaft mit voller Wucht“, so Wansleben. „Bereits vor dem Krieg haben rund zwei Drittel aller Unternehmen hier ein Risiko für ihre geschäftliche Entwicklung gesehen.“ Zwei Drittel der Unternehmen müssten angesichts ihrer Kostenklemme mit der Weitergabe von Preissteigerungen an Kunden reagieren. „Hier droht zusätzliches Inflationspotenzial“, warnte Wansleben. Häufig genannt werden auch mehr Lagerhaltung (32 Prozent), Streichung oder Verschiebung von Investitionen (30 Prozent), Suche nach neuen Lieferanten und Personalanpassung (jeweils 21 Prozent).

EU treibt gezielte Industriepolitik voran

Die EU-Kommission wollte Europa bei strategisch wichtigen Technologien und Rohstoffen unabhängiger von anderen Ländern machen; wo nötig, solle die Produktion über eine gezielte EU-Industriepolitik zurückgeholt werden.

Dem DIHK ist dabei wichtig, dass die Balance zwischen einer guten Versorgung und guten Standortfaktoren für die Wirtschaft einerseits und nicht zu umfänglichen Eingriffen in den Markt und Protektionismus andererseits gewahrt wird. In diesem Sinne wirkte er auf das europäische Chip-Gesetz (European Chip Act), auf das europäische Gesetz für kritische Rohstoffe (European Critical Raw Materials Act), sog. „Wichtige Projekte von gemeinsamen europäischen Gütern“ (IPCEIs) und Initiativen zur Diversifizierung von Lieferketten und neuen Quellen zur Finanzierung der Industriepolitik ein.

Größte Fluchtbewegung seit dem 2. Weltkrieg

Viele Menschen flohen aus der Ukraine – die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch Deutschland nahm hunderttausende Flüchtlinge auf. Durch das Netzwerk der IHK-Flüchtlingskoordinatoren verfügt die IHK-Organisation bereits seit 2015 über ein großes Knowhow, Expertise und eine gute Vernetzung mit den regionalen Ansprechpartnern in Bezug auf die Integration von Geflüchteten. Die Kollegen standen Unternehmen und

Geflüchteten zur Seite, um das Ankommen der Menschen aus der Ukraine zu erleichtern und perspektivisch bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu helfen. Das vom DIHK und BMWK finanzierte Projekt NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge unterstützt dabei operativ.

Das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge – ein gemeinsames Projekt der DIHK Service GmbH und des Bundeswirtschaftsministeriums – legt seit März 2022 einen Fokus auf das Engagement deutscher Unternehmen für Menschen aus der Ukraine. In mehr als 160 Beratungsgesprächen, mit Informationen online und im Printformat sowie bei über 30 Informationsveranstaltungen gab das NETZWERK Hilfestellung zu Themen wie Hilfstransporten in die Ukraine oder das Bereitstellen von Wohnraum und insbesondere zu Fragen rund um die Beschäftigung von Flüchtlingen aus der Ukraine.

Rechte Seite: Das NETZWERK „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ stellt Informationen rund um die Beschäftigung von ukrainischen Geflüchteten zur Verfügung.

Weg zum Aufenthaltstitel nach §24 Aufenthaltsgesetz für Geflüchtete aus der Ukraine



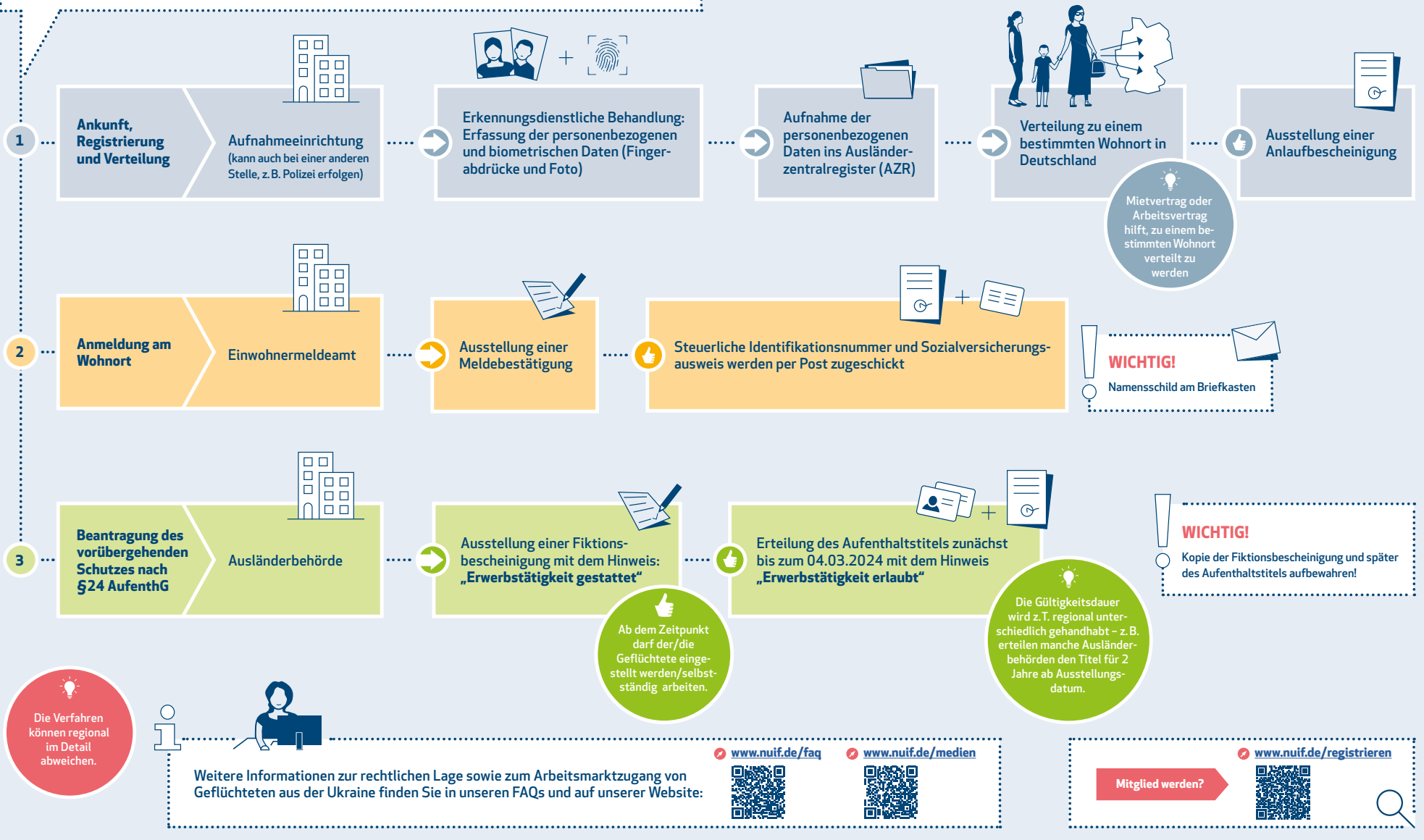
Gerordert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Durchgeführt von der DIHK Service GmbH



Russland setzt Gaslieferungen aus

DIHK-Präsident Peter Adrian warnte nach dem russischen Gas-Lieferstopp im September vor einer „Krise in unbekanntem Ausmaß“. Die gestiegenen Kosten der Gasbeschaffung weiterzureichen, würde für viele Betriebe das Aus bedeuten. Denn die betroffenen Betriebe könnten kaum noch ausweichen. Effizienzmaßnahmen seien schon lange ausgeschöpft, ein schneller Umstieg auf andere Energieträger häufig nicht möglich oder zu langwierig. „Der zu erwartende weitere Anstieg der Energiepreise sowie mögliche Versorgungsengpässe und Rationierungen trafen die Unternehmen daher mit voller Wucht“, warnte Adrian. „Über die Produktions- und Logistikketten wären nicht nur einzelne Betriebe oder Branchen betroffen, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft sowie ihre Beschäftigten – und damit auch die Versorgung unseres Landes.“ Daher sei es wichtig, dass die Politik angesichts der sich abzeichnenden Notsituation „sofort alle Hebel in Bewegung setzt, um Gasversorgung und Gaspreise zu stabilisieren“. Mehr Tempo bei der Anbindung von LNG-Terminals sei dabei genauso wichtig wie der schnelle Start des angekündigten Auktionsmodells, mahnte der DIHK-Präsident: „Jeder Tag zählt.“

Finanzpolitische Herausforderungen werden größer

Die finanzpolitischen Herausforderungen waren 2022 am Ende noch größer als in den Vorjahren, die durch die Coronapandemie geprägt waren. Der DIHK hat wiederholt deutlich gemacht, dass schnelle finanzielle Krisenhilfe für Bürger und Unternehmen immer Hand in Hand gehen sollten mit der Sicherung der mittel- und langfristigen Stabilität der öffentlichen Finanzen und damit auch der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Eine Rückführung der gesamtstaatlichen Schuldenquote bis 2019 und niedrige Zinsbelastungen im Bundeshaushalt hätten nicht nur eine kräftige Reaktion des Staates mit umfangreichen Unternehmenshilfen in den Pandemie Jahren ermöglicht, sondern auch milliarden-schwere staatliche Ausgaben zur Milderung der Folgen der durch den Krieg Russlands in der Ukraine ausgelösten Energiekrise. Der DIHK sprach sich wiederholt dagegen aus,

in der Krise Steuern für die Unternehmen zu erhöhen, weil dadurch Unternehmen Liquidität entzogen werde, die sie für Investitionen benötigen – nicht zuletzt für den Umbau ihrer Energieversorgung.

EU will Binnenmarkt schützen

Die EU-Kommission hat ein Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt vorgeschlagen, um den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen in Krisen aufrechtzuerhalten. Deutsche Unternehmen wickeln über die Hälfte ihrer Im- und Exporte im EU-Binnenmarkt ab. Daher ist es wichtig, dass dieser auch in Krisenzeiten funktioniert. Vermieden werden sollten Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bürokratische Meldepflichten. Der DIHK hat sich in die Debatte über das „Single Market Emergency“-Instrument mit einer Stellungnahme sowie Gesprächen und Veranstaltungen mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission und des EU-Parlaments eingebracht – insbesondere über das DIHK Board Europa.

Zeitenwende auch in der Handelspolitik

Auch in der Handelspolitik hat sich der DIHK für eine Zeitenwende ausgesprochen, um die Herausforderungen, vor denen die Unternehmen stehen, anzugehen. Hierfür hat der DIHK bei der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung wiederholt die Stärkung der EU-Handelsagenda, ehrgeizige Handelsabkommen und eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) gefordert. Auch begleitete er die Fortentwicklung der Handelsagenda der Bundesregierung. Mit Blick auf die Auswirkungen des Brexits haben der DIHK, die IHKs und Unternehmen über sich weiterhin ändernde Gegebenheiten im UK-Geschäft – wie etwa UKCA – informiert. Der DIHK ist weiterhin mit politischen Entscheidungsträgern aus Großbritannien und der EU im Austausch über die wirtschaftlichen Forderungen zur zukünftigen Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen. Über die Chancen der neuen bzw. aktualisierten Handelsabkommen informierte der DIHK ausführlich und brachte im Vorfeld zudem eigene Verbesserungsvorschläge ein, so zum Beispiel für das 2022 ab-

geschlossene Handelsabkommen der EU mit Neuseeland. Das Kammernetzwerk vermittelte darüber hinaus in der Praxis relevante Expertise zur neuen Plattform der EU-Kommission Access2Markets-Database samt Ursprungsrechner, so dass Unternehmen – insbesondere KMUs – die EU-Abkommen auch anwenden können.

Gaspreiskommission legt Ergebnisse vor

Die Gaspreiskommission der Bundesregierung, der auch DIHK-Präsident Peter Adrian als einziger Vertreter der mittelständischen Wirtschaft angehörte, legte ihre Ergebnisse vor: Sie enthalten Vorschläge zur Entlastung sowohl der Gewerbe und Privathaushalte als auch der Industrie. Große Industrieunternehmen – per Definition des Berichts die Betriebe, die mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden Gas verbrauchen – sollen ein Kontingent von im Regelfall 70 Prozent des 2021er-Verbrauchs zu einem staatlich garantierten Beschaffungspreis von sieben Cent erhalten können. „Es ist ein starkes Signal, dass sich die Kommission auf eine schnelle und einfache Preisbremse geeinigt hat, die für die Unternehmen eine klare Perspektive bringt“, kommentierte Peter Adrian den Vorschlag. Allerdings: „Auch wenn die Wirtschaft in der Breite durch die Preisbremse entlastet wird, gilt weiterhin: Es liegen zwei wirtschaftlich herausfordernde Winter vor den Unternehmen. Gaseinsparung und große unternehmerische Anstrengungen blieben auch in der Wirtschaft zentral, um durch die Energiekrise zu kommen.“

DIHK veranstaltet Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum

Bundeskanzler Olaf Scholz, der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal, DIHK-Präsident Peter Adrian und der stellvertretende Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Hans-Ulrich Engel eröffneten am 24. Oktober 2022 das 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum in Berlin. 400 Personen waren live dabei und über 1.000 Zuschauer hatten sich online zugeschaltet. „Während die Kriegshandlungen weitergehen, senden wir mit unserer Veranstaltung ein wichtiges Signal der deutschen Wirtschaft an die Men-



Den Wiederaufbau der Ukraine in den Fokus nehmen: (v.l.n.r.) Peter Adrian, DIHK-Präsident, Olaf Scholz, Bundeskanzler, Denys Shmyhal, Premierminister der Ukraine, Hans-Ulrich Engel, Vice Chairman of the German Eastern Business Association

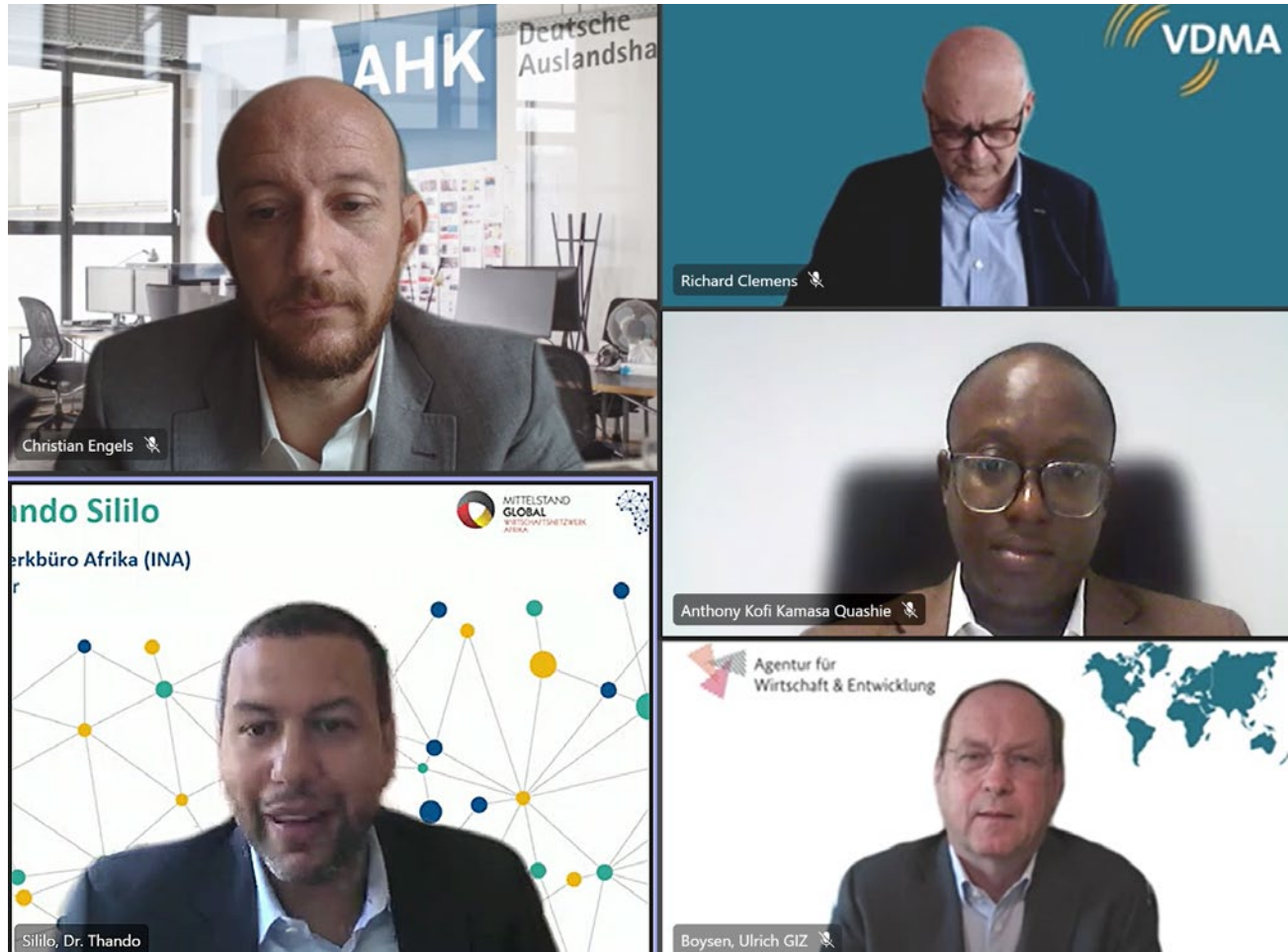
schen in der Ukraine: „Viele unserer Unternehmerinnen und Unternehmer stehen bereit, den Wiederaufbau des Landes tatkräftig zu unterstützen. Wirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Integration der Ukraine“, sagte DIHK-Präsident Peter Adrian. „Die hochkarätige Beteiligung beider Regierungen unterstreicht, wie eng hier Wirtschaft und Politik zusammenarbeiten.“

Es war die erste derartige Konferenz in Deutschland seit Kriegsbeginn. An den Paneldiskussionen nahmen unter anderem Vizekanzler Robert Habeck, die ukrainische Vizepremierministerin Yulia Svyrydenko, Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze sowie weitere Regierungsmitglieder und CEOs aus der Ukraine und Deutschland teil. Im Fokus des Wirtschaftsforums stand der Wiederaufbau der Ukraine,



Zu Gast im Haus der Deutschen Wirtschaft: Denys Shmyhal, Premierminister der Ukraine

wobei insbesondere die Rekonstruktion des ukrainischen Energiesektors, die Chancen zur gemeinsamen Erzeugung grüner Energie sowie die Themen Logistik und Verkehr, Agrarwirtschaft und Cybersicherheit diskutiert wurden.



„IHK-Regionalforum Afrika – Neue Märkte im Blick“ am 25.4.2022 (v.l.n.r.): Christian Engels, Delegation der Deutschen Wirtschaft für das Östliche Afrika, Thando Sililo, Initiative für nachhaltige Agrarlieferketten (INA), Richard Clemens, VDMA, Anthony Kofi Quashie, Delegation der Deutschen Wirtschaft in Ghana, Ulrich Boysen, Agentur für Wirtschaft und Entwicklung

Kurzarbeit bleibt wichtiges Instrument in Krisenzeiten

Die Auswirkungen der Coronakrise und des Krieges in der Ukraine haben 2022 viele Betriebe stark gefordert. Das Instrument der Kurzarbeit hat auch in diesem Jahr wichtige

Beschäftigungsbrücken ermöglicht, so dass Betriebe auch in schwierigem Umfeld an ihren Fachkräften festhalten konnten. Der DIHK hat in regelmäßigen digitalen Austauschtreffen mit den IHKs über aktuelle Entwicklungen rund um das Kurzarbeitergeld informiert. Die dabei geschilderten Praxiserfahrungen aus den IHKs waren ein wichtiger Input für

die Gespräche des DIHK mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesarbeitsministerium.

Ernährungswirtschaft vor Herausforderungen

Ausbleibende Getreide- und Düngerlieferungen aus der Ukraine stellten die afrikanische Ernährungswirtschaft vor Herausforderungen: Mit den IHKs Bielefeld und Lippe zu Detmold organisierte das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) am 25. April vor diesem Hintergrund ein virtuelles „IHK-Regionalforum Afrika: Neue Märkte im Blick“ zu Kooperationschancen in der Lebensmittel- und Verpackungsindustrie in West- und Ostafrika. Mit Maschinenbauunternehmen aus der Branche tauschte sich INA auf der Hannover Messe über Afrikas Potenziale aus. Eine Paneldiskussion in Präsenz über die „Lebensmittel- und Agrarwirtschaft Afrika“ führte INA im November mit der IHK Karlsruhe auf dem Africa Summit der Global Connect in Stuttgart durch.

Wiederaufbau im Fokus

Nach dem abgebrochenen Sturm auf Kiew, erheblichen Verlusten von besetztem Gebiet im Nordosten der Ukraine und dem Rückzug aus Cherson verlegte sich Russland auf das Bombardement von ukrainischer Infrastruktur, insbesondere Infrastruktur der Wasser- und Wärmeversorgung. Die deutsche Wirtschaft hilft, wo sie kann. Auch beim Wiederaufbau der Ukraine wird sie eine verantwortungsvolle Rolle spielen – auch und gerade deswegen, weil es sich dabei um eine „kolossale Aufgabe“ handelt, um es mit den Worten von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu sagen.

Der Umgang mit den Folgen des Krieges wird weiterhin im Zentrum der Bemühungen des DIHK stehen. Millionen Menschen haben die Ukraine verlassen und suchen Schutz in anderen europäischen Ländern. Die bereits durch die Coronakrise beeinträchtigten Lieferketten erfahren durch den Krieg und die Wirtschaftssanktionen noch schärfere Engpässe. Gleichzeitig befasst sich der DIHK mit den geostrategischen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen auf das AHK-Netzwerk und das nicht nur an den Standorten in der Ukraine und in Russland.



Die deutschen Unternehmen stehen zu ihrer Verantwortung, betont DIHK-Präsident Peter Adrian in seiner Rede vor dem Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum in Berlin



IHK-Bildungspreis: Moderatorin Judith Rakers
im Gespräch mit DIHK-Präsident Peter Adrian

Fachkräftesicherung – eine von vielen großen Baustellen

Das Jahr 2022 war von großen Herausforderungen für die Unternehmen geprägt, der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat viele Prioritäten verschoben. Die hohen Energiepreise liegen aus Sicht der Betriebe in der Folge auf Platz eins der Belastungen, doch direkt dahinter folgt trotz schwierigen wirtschaftlichen Umfelds der Fachkräftemangel als großes Geschäftsrisiko. Der DIHK macht sich – unter anderem im Rahmen der Fachkräftestrategie der Bundesregierung – dafür stark, alle vorhandenen Potenziale zu nutzen. Ansatzpunkte sind eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die Integration von Geflüchteten. Parallel dazu kommt der Fachkräftezuwanderung eine wichtige Rolle zu. In die Diskussion über die Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hat sich der DIHK daher intensiv eingeschaltet – auf Basis der Rückmeldungen aus Unternehmen und IHKS.

Allianz wirbt für Berufliche Bildung

Auch 2022 hat sich der DIHK in die Allianz für Aus- und Weiterbildung eingebracht, um die Berufliche Bildung zu stärken. Bereits zum zweiten Mal warben die Allianzpartner in einem „Sommer der Berufsausbildung“ bundesweit für die Ausbildung. Von Mai bis November fanden über 750 Veranstaltungen statt, um junge Menschen und Ausbildungsbetriebe zusammenzubringen. Nach den coronabedingten Einschränkungen konnten zahlreiche Aktionen endlich wieder live stattfinden. Besonders wichtig, um früh ein realistisches Bild von der Welt der Berufe zu erhalten, sind betriebliche Praktika während der Schulzeit. Der DIHK organisierte daher im Frühjahr einen Betriebsbesuch in Berlin, bei dem Spitzenvertreter der Allianz sich mit Azubis über gute Beispiele der beruflichen Orientierung austauschten. Auf politischer Ebene machte der DIHK deutlich, dass die von der Bundesregierung angekündigte Ausbildungsgarantie von mehr als



Die vier Preisträger des IHK-Bildungspreises 2022: BUCS IT GmbH, AWEOS GmbH, Anton Häring KG, Musikzentrum Hannover gGmbH

80 Prozent der IHK-Unternehmen abgelehnt werde. In der aktuellen Allianzvereinbarung gebe es bereits eine Garantie, die eingehalten werde: Jeder Jugendliche, der bis zum 30. September unvermittelt ist, erhält drei Angebote für einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Wenn die Bundesregierung dennoch eine neue Ausbildungsgarantie auf den Weg bringe, dürfe diese die Besetzung betrieblicher Ausbildungsplätze nicht gefährden.

Ausbildungsumfrage

Nach einem Jahr Coronapause hat der DIHK erneut Ausbildungsbetriebe aus ganz Deutschland zu ihrer aktuellen Ausbildungssituation befragt. Besonders schwierig stellt sich für die Betriebe die Rekrutierung von neuen Azubis dar: 42 Prozent aller Ausbildungsbetriebe konnten nicht alle

angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Für die berufliche Orientierung wollen sich die Betriebe stark machen.

IHK-Bildungspreis mit neuer Besetzung

Der IHK-Bildungspreis war 2020 die letzte große DIHK-Veranstaltung, bevor die Coronapandemie das Leben und Wirtschaften grundlegend veränderte. Als erste Großveranstaltung im Jahr 2022 signalisierte die Preisverleihung den Teilnehmern einen Neustart. Die Preisträger des glanzvollen Abends wurden für ihr Engagement in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefeiert. Die Bewerbungen spiegelten auch die intensiven Bemühungen der Betriebe um ihre Azubis in den Coronajahren wider. Judith Rakers führte erstmalig durch den Abend. Mehr Informationen auf www.ihk-bildungspreis.de.

Neue Ausbildungskampagne auf den Weg gebracht

Viele Unternehmen können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen und erfahrene Mitarbeitende der Babyboomer-Generation gehen in Rente. Dadurch gibt es vielerorts personelle Engpässe, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen. Die IHK-Organisation hat sich entschieden, einen noch größeren Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten, für die Berufliche Bildung zu werben und Jugendlichen ihre Chancen realistisch aufzuzeigen. 2023 startet deshalb die erste bundesweite IHK-Ausbildungskampagne.

Nationale Weiterbildungsstrategie: Runde 2 gestartet

Die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) wurde 2016 ins Leben gerufen und jetzt von der Ampel-Regierung unter Federführung von BMAS und BMBF aufgegriffen. Partner sind der Bund, die Bundesländer, die Bundesagentur für Arbeit sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner. Die Strategie konzentriert sich auf die Förderung der beruflichen Weiterbildung – gerade mit Blick auf die Transformation der Wirtschaft. Der DIHK setzt sich hier vor allem für eine möglichst wirtschaftsnahe Ausgestaltung der NWS ein, die den Bedarf und die Belange der Unternehmen im Fokus hat.

Höhere Berufsbildung weiterentwickeln

Um der Nachfrage der Unternehmen nach zeitgemäß qualifizierten Fach- und Führungskräften zu entsprechen, haben DIHK und IHKs zur Stärkung der Höheren Berufsbildung zahlreiche Novellen von Fortbildungsprüfungsregelungen angestoßen; sie betreffen zum Beispiel die IT-Weiterbildung sowie die zwei Branchenqualifizierungen für Banken und Versicherungen. Neue IHK-Abschlüsse decken Qualifikationsbedarfe für den Einsatz künstlicher Intelligenz ab. Ein Beispiel ist die Entwicklung des Bachelor Professional in Künstlicher Intelligenz und Maschinellem Lernen (IHK). Bei allen Entwicklungen wird jeweils eng mit Expertinnen und Experten aus der betrieblichen Praxis zusammengearbeitet.

Digitales Prüfen/ neue Musterprüfungsordnungen

Unter Rückkoppelung mit IHKs und Aufgabenerstellungseinrichtungen hat der DIHK mit verschiedenen Akteuren intensiv über digitale Prüfungen diskutiert. Im Ergebnis wurde die Anpassung der Musterprüfungsordnungen für Aus- und Fortbildungsprüfungen zur digitalen Durchführung schriftlicher Prüfungen vereinbart. Gleichzeitig wurden unter Koordination des DIHK nächste Schritte zur Entwicklung und Umsetzung bundesweiter Standards initiiert, unter anderem für die weitere Erprobung digitaler Prüfformate.

Berufliche Kompetenzen mit ValiKom nachweisen

Beruflich Qualifizierte ohne Abschluss oder auch Quereinsteiger können im Verbundprojekt „Vali-Kom Transfer“, das vom BMBF gefördert wird, ihre beruflichen Kompetenzen bewerten lassen. Die Projektkammern (17 IHKs, 13 HWKs, 2 LWKs) erproben und optimieren die entwickelten Strukturen und Prozesse dieses abschlussorientierten und bundeseinheitlichen Validierungsverfahrens. Mehr als 1.800 Teilnehmer konnten so bereits ihre beruflichen Kompetenzen nachweisen.

Berufsanerkennung in der Fachkräfteeinwanderung

Fachkräftesicherung und Zuwanderung stehen thematisch immer stärker im politischen Fokus. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat zwar etliche Erleichterungen gebracht; erste Erfahrungen zeigen jedoch, dass es an vielen Stellen noch Handlungsbedarf gibt – auch beim Thema Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Die IHK-Organisation hat sich hier mit konkreten Verbesserungsvorschlägen Richtung Politik positioniert, zum Beispiel für eine erleichterte Einreise mit Teilanerkennung des ausländischen Berufs zur Arbeitsplatzsuche oder Arbeitsaufnahme.

Mit Teilqualifikationen Beschäftigungsfähigkeit sichern

Das Projekt „CHANCEN NUTZEN! Mit Teilqualifikationen (TQ) Richtung Berufsabschluss“ wurde mit neuen Projektzielen verlängert. Die bundesweite Standardisierung von TQs und der IHK-TQ-Kompetenzfeststellung bleibt weiterhin Projektziel. Das Interesse von Betrieben, Arbeitsagenturen und Bildungsträgern an der Möglichkeit der Nachqualifizierung durch TQs steigt – auch bedingt durch den Fachkräftemangel. Gute Beispiele aus der Praxis zeigen, wie auf diesem Weg auch angelernte Mitarbeitende fit für die Transformation gemacht werden können.

Neues aus der Ordnungsarbeit Ausbildung

Die Ausbildungsberufe in Gastronomie und Hotellerie wurden modernisiert und um die neue zweijährige „Fachkraft Küche“ ergänzt. Gemeinsam mit der Branche sorgte die IHK-Organisation für die Implementation der sieben Berufe in die Praxis und setzte die neue Prüfungsstruktur um.

Die Medienbranche wurde um den neuen Ausbildungsberuf „Gestalter/-in für immersive Medien“ bereichert: Damit können ab 1. August 2023 diejenigen Unternehmen zielgerichtet ausbilden, die virtuelle Welten mit Hilfe von Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR) schaffen. Mit der Neuordnung des Berufes „Glasapparatebauer/-in“ werden ab August 2023 neue Technologien und Verfahren sowie neue Produkte und Halbzuge in die Ausbildung aufgenommen.

Duale Berufsbildung im Ausland

Mittlerweile bieten 50 AHKs Berufsbildungsdienstleistungen an, denn die Fachkräftegewinnung ist auch für deutsche Unternehmen im Ausland wichtig. Dies führt zur erhöhten Nachfrage bei den AHKs rund um Berufsbildungsservices. Die DIHK-Kompetenzstelle Berufsbildung International unterstützt die AHKs dabei, Unternehmen nach vergleichbaren Standards zu beraten. Damit leistet das gemeinsame Netzwerk einen zentralen Beitrag zur Außenwirtschafts-



Der 48-seitige DIHK-Leitfaden zur Integration von Flüchtlingen

förderung. Ab dem 1. Januar 2023 startet das vom BMWK geförderte Skills-Expert-Programm in eine neue Förderphase. Koordiniert durch die DIHK Service GmbH gehen sechs neue Standorte an den Start, unter anderen die Türkei zum Schwerpunkt Fachkräfteeinwanderung oder Singapur als Starter im Feld der Beruflichen Bildung.

Europäischer Ansatz für kurze Weiterbildungsangebote

Die EU-Empfehlung zu Microcredentials (MCs), also zu kompakten Bildungskursen, will deren Anwendung in der Beruflichen Bildung fördern. Sie enthält Standardelemente



Auch für die Medienwirtschaft ist Fachkräftesicherung ein wichtiges Thema: RLP-Staatssekretärin und Rundfunkkommission-Koordinatorin Heike Raab spricht im Oktober 2022 auf Einladung des DIHK-Ausschusses für Kommunikation und Medien

zur Beschreibung von MCs sowie Grundsätze für Qualitätssicherung und Standards. Der DIHK hat sich erfolgreich für den rein empfehlenden Charakter und gegen einen automatischen Kumulierungsanspruch von MCs auf eine Qualifikation oder einen Abschluss eingesetzt. So kann dem auf Ganzheitlichkeit und berufliche Handlungskompetenz ausgerichteten deutschen Berufsbildungssystem ausreichend Rechnung getragen werden.

IHK-Anerkennungsberatung wird ausgebaut

Zudem stand der DIHK in einem engen Austausch mit der Bundesregierung und hat Verbesserungsvorschläge einge-

bracht, wie etwa ein niederschwelliges neues Kurzformat in der IHK-Anerkennungsberatung für ukrainische Flüchtlinge. Darüber hinaus hat der DIHK Gesetzgebungsverfahren zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts eng begleitet und dabei die Perspektiven der Betriebe unter anderem mit einer Stellungnahme und als Sachverständiger bei einer öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Inneres und Heimat eingebracht. Der DIHK-Leitfaden zur Integration von Flüchtlingen wurde von Grund auf überarbeitet und neu aufgelegt.

Berufsbildung ohne Grenzen

Die Entsendungen von Auszubildenden haben im Vergleich zu den Pandemie Jahren 2020 und 2021 wieder zugenommen, auch wenn sie noch nicht wieder das gleiche Niveau erreicht haben. Im Jahr 2022 fanden rund 1.000 Entsendungen statt, das sind 85,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Anzahl an Beratungen war im Jahr 2022 doppelt so hoch wie 2020. Für September 2023 ist erneut ein Unternehmenspreis geplant, der Betriebe für ihr Engagement beim Entsenden und Aufnehmen von Azubis sowie jungen Fachkräften ehrt und auszeichnet.

Aufruf IHK–Auslandsschulwettbewerb

Im November wurde der 8. Auslandsschulwettbewerb mit dem Aufruf zur Bewerbung gestartet. 137 Auslandsschulen in 70 Ländern können sich bewerben. Gesucht werden innovative Konzepte und Projekte, die sich für Umwelt, Klima, Energie, Wirtschaft, Verkehr und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Die drei Preisträger werden im Rahmen der AHK-Weltkonferenz am 9. Mai 2023 in Berlin ausgezeichnet. Schirmherrin ist die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Katja Keul.

Osnabrücker Bildungssymposium

Mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand am 10. März 2022 das Osnabrücker Bildungssymposium virtuell statt. Eingeladen hatten die IHK Osnabrück und der DIHK in Kooperation mit der Universität Osnabrück. Im Fokus des Bildungssymposiums standen insbesondere die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Berufliche Bildung. Dabei wurde deutlich, dass eine gute Berufliche Bildung das passende Rüstzeug vermittelt, um in der künftig deutlich digitaleren Arbeitswelt erfolgreich zu sein.

DIHK–Bildungsausschuss

Gastreferenten in der Sitzung am 29. März 2022 waren Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und am 28. September 2022 Leonie Gebers, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Ausschussmitglieder tauschten sich über bildungspolitische Vorhaben im Koalitionsvertrag, die Neufassung der „Schulpolitischen Leitlinien“, das Eckpunktepapier „Qualitätssicherung Duales Studium“ und die Projekte „Teilqualifikationen“ und „Vali-Kom“ intensiv aus.

Fachkräftezuwanderung – Weiterentwicklung nötig

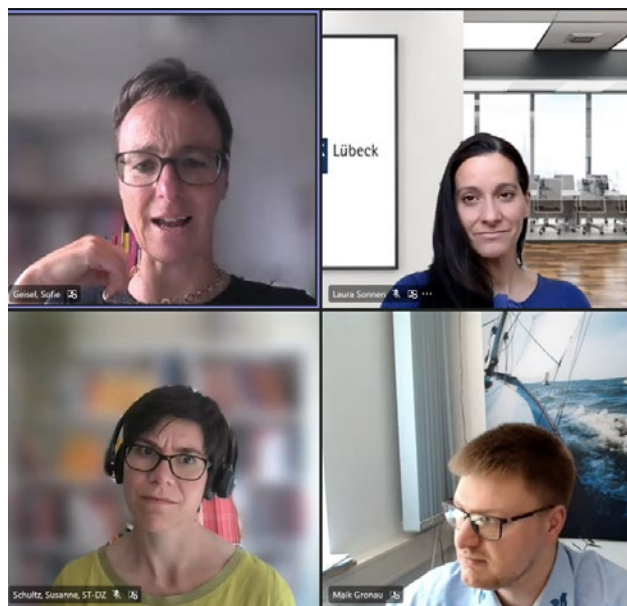
Erste Praxiserfahrungen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) zeigen, dass Weiterentwicklungsbedarf besteht. Hierzu hat der DIHK mit den IHKs bereits zu Beginn 2022 Vorschläge erarbeitet und diese mit den beteiligten Akteuren in den Bundesministerien und im Bun-

destag diskutiert. Viele dieser Vorschläge haben Eingang in das aktuelle FEG-Eckpunktepapier der Bundesregierung gefunden, der DIHK wird den Gesetzgebungsprozess weiter konstruktiv begleiten. Zudem hat der DIHK gemeinsam mit Projekten der DIHK Service GmbH bei einer Veranstaltung zum Thema Fachkräftezuwanderung Politik, Unternehmen und IHKs zum gemeinsamen Austausch zusammengebracht. Um für das Thema der Fachkräftezuwanderung in der IHK-Organisation weiter zu sensibilisieren, hat der DIHK zudem einen Workshop für alle IHK-Hauptgeschäftsführerinnen und -führer durchgeführt.

Mit Macherinnen und Problemlöserinnen dem Fachkräftemangel etwas entgegensetzen

In einem virtuellen „Brown bag Format“ rückt die DIHK Service GmbH monatlich Macherinnen und Problemlöserinnen ins Licht, die ihre Lösungsansätze und Erfahrungen aus der Praxis mit der Wirtschaft und IHKs teilen. Fragestellungen sind hierbei beispielsweise, wie man mit Familienfreundlichkeit Fachkräfte an sich bindet, wie man internationale Fachkräfte auch langfristig hält oder im Ausland Azubis ausbildet. Die Gäste kommen aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen, zugewanderte Fachkräfte sind auch dabei, und diskutieren konkrete Lösungsansätze.

Gäste und Impulsgeber der Veranstaltung „Gekommen, um zu bleiben“: Laura Sonnen, Projektkoordinatorin an der IHK zu Lübeck (r. oben), Maik Gronau, Geschäftsführer der GWA Hygiene GmbH (r. unten), Susanne U. Schultz, Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung (l. unten) sowie Moderatorin und Gastgeberin der Reihe Macherinnen und Problemlöserinnen: Sofie Geisel, Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH



Fachkräftesicherung – den Blick weiten

Bei der Fachkräftesicherung wird auch die Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren in den Blick genommen. Mit Blick auf eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist es wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern – der DIHK engagiert sich konsequent für eine familienfreundliche Arbeitswelt. Um Ältere noch besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurden die Hinzuverdienstgrenzen bei vorzeitigem Rentenbezug abgeschafft – ein Schritt, für den sich der DIHK stets ausgesprochen hat.

Internationale Fachkräfte gewinnen mit UBAconnect

Das Team von „Unternehmen Berufsanererkennung“ hat mit UBAconnect ein Matching-Projekt ins Leben gerufen. Die Idee: Personen, deren ausländische Berufsqualifikationen teilweise anerkannt wurden, werden mit interessierten Arbeitgebern in Deutschland für die Nachqualifizierung zusammengebracht. Damit erhalten die internationalen Fachkräfte die Chance, über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen, und Unternehmen gewinnen personelle Verstärkung. Mittlerweile wirken 18 Projekt-IHKs mit und bieten ihren Mitgliedsunternehmen diesen kostenfreien Fachkräfteservice an, für den sich Unternehmen online registrieren können. Im April 2022 gab es mit UBAconnect das erste erfolgreiche Match. Eine Fachkraft aus dem Iran wurde an ein Elektrounternehmen in Bayern vermittelt.



Erstes Match über UBAconnect: Ehsan Kazemi, Industrieelektriker aus dem Iran (r.), wurde erfolgreich an ein bayerisches Elektrounternehmen vermittelt und startete im April 2022 seine Anpassungsqualifizierung



Das neu aufgelegte Checkheft ist da!

Komplett überarbeitet und mit vielen Einblicken in die betriebliche Praxis: Das Checkheft „Familienorientierte Personalpolitik für kleine und mittlere Unternehmen“ ist da! In acht Kapiteln mit jeweils einem Experteninterview, drei bis vier Praxisbeispielen und einer Checkliste gibt das beliebte Nachschlagewerk des DIHK und des Bundesfamilienministeriums einen Überblick über aktuelle Themen einer familienorientierten Personalarbeit. Der Rahmentext bietet zu jedem Kapitel wichtige Zahlen, Daten und Fakten und praktische Tipps.

Projekt „Hand in Hand for international Talents“

Das Projekt „Hand in Hand for International Talents“ bringt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in die Praxis. Es unterstützt den Mittelstand bei der Rekrutierung ausländischer Fachkräfte in IHK-Berufen und begleitet Unternehmen und Fachkräfte durch den gesamten Prozess – von der Rekrutierung bis zur Einreise und Integration in Deutschland. Das Projekt wird gemeinschaftlich umgesetzt von der DIHK Service GmbH und der Bundesagentur für Arbeit (BA), und gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Als Pilotprojekt baut es Kooperationsstrukturen zwischen Industrie- und Handelskammern (IHK), Auslandshandelskammern (AHK), der IHK Foreign Skills Approval (IHK FOSA) sowie der Bundesagentur für Arbeit auf – mit dem Ziel, übertragbare Prozesse zu etablieren.

In 2022 reisten Fachkräfte aus Brasilien, Vietnam und Indien in die fünf Pilotregionen in Deutschland ein. Dort wurden sie von den IHK-Projekt Koordinatorinnen empfangen und über die ersten Wochen und Monate in Deutschland begleitet. Diese Erfahrungen im Einwanderungs- und Integrationsprozess sind in den Prozess zur Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes mit eingeflossen.

Innovationspreis Vereinbarkeit!

Mit dem „Innovationspreis Vereinbarkeit 2022“ würdigt das Bundesfamilienministerium Unternehmen, die in den letzten zwei Jahren mit innovativen Ideen berufstätige Eltern oder pflegende Beschäftigte aktiv bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt haben.

Am 30. September vergaben Bundesfamilienministerin Lisa Paus und DIHK-Präsident Peter Adrian im Rahmen des Unternehmenstags „Erfolgsfaktor Familie“ im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin den „Innovationspreis Vereinbarkeit“ an die Gewinner-Unternehmen in den Kategorien „Kleine Unternehmen“, „Mittlere Unternehmen“, „Große Unternehmen“ sowie einen Sonderpreis. Die Gewinner sind die e-koris GmbH, die Wismut GmbH, die Roche Diagnostics GmbH und die DZ Bank AG.



Rafael Schmauch und Carolin Ruppert, „Hand in Hand for International Talents“, und Projektkoordinator Robert Erler, IHK Rostock, begrüßen Gia Bao Nguyen, Hotelfachmann aus Vietnam

Rechte Seite: Innovationspreis Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“, links: DIHK-Präsident Peter Adrian, 2.v.r.: Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Dirk Binding, Bereichsleiter im DIHK, und Carsten Linnemann, MdB, stellvertretender CDU-Parteivorsitzender, beim DIHK-Handelsausschuss im Oktober 2022



Wirtschafts- und Mittelstandspolitik

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine treffen die Unternehmen in Deutschland in der gesamten Breite. Die in Folge des Krieges stark steigenden Energiepreise und Versorgungsunsicherheiten belasten die Geschäftstätigkeit und die Zukunftsaussichten der Unternehmen in hohem Maße. Zudem entstehen aus den geopolitischen Verwerfungen Einschränkungen im internationalen Handel, die gerade den exportstarken Unternehmen in Deutschland enorm zusetzen. Der DIHK hat mit breit angelegten Unternehmensbefragungen hierzu regelmäßig wichtige Informationen zur branchen- und größen-spezifischen Betroffenheit der Unternehmen in die politische Debatte eingebracht. In regelmäßigen Austauschrunden mit den politischen Entscheidern, aber auch mit der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien hat der DIHK die Interessen der Unternehmen vertreten. DIHK-Präsident Peter Adrian hat als Mitglied der „Expertenkommission Erdgas und Wärme“ maßgeblich an der Ausgestaltung der Preisbremsen bei Strom und Gas mitgewirkt und sich dabei insbesondere für mittelstandsgerechte Lösungen eingesetzt. Auch die für den Mittelstand so wichtigen Schritte zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen gehen maßgeblich auf Initiativen des DIHK zurück. Als direkte Folge können inzwischen Umrüstungen der Unternehmen bei der Energieversorgung auf alternative Energien deutlich schneller erfolgen.

Konjunktur im Sog der Energiekrise

Aufgrund der im Zuge des russischen Krieges in der Ukraine dramatisch gestiegenen Gas- und Strompreise und der großen Unsicherheit bei der Energieversorgung sind die Geschäftserwartungen der Unternehmen so schlecht wie selten zuvor. Das ist das Ergebnis der DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022, an der sich über 24.000 Unternehmen beteiligt haben. Zusätzliche zu den Energie- und Rohstoffpreisen trübt auch die Rekordinflation die Aussichten: Die Betriebe machen sich



DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022: Julia Fellinger, Pressesprecherin DIHK, Ilja Nothnagel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung DIHK, und Jupp Zenzen, Referatsleiter Konjunktur, Wachstum, Unternehmensbefragung im DIHK

nicht nur über eine inflationsbedingt schwache Konsumnachfrage der Verbraucher Sorgen, sondern fürchten auch eine einsetzende Lohn-Preis-Spirale und steigende Arbeitskosten. Trotz konjunktureller Eintrübung bleibt derzeit der Fachkräftemangel das zweitgrößte Geschäftsrisiko der Unternehmen.

Konkrete Vorschläge zum Abbau von Bürokratie

Im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung ein weiteres Bürokratieabbaugesetz, die Einführung von Praxis-Checks und eine konsequente Umsetzung der „One in one

out“-Regelung angekündigt. Im Rahmen des im Herbst 2022 vorgelegten Abwehrrschirms zur Bekämpfung der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen Ukraine hat sie zudem ein Belastungsmoratorium angekündigt. „Unverhältnismäßige, zusätzliche Bürokratielasten“ sollen auf nationaler und europäischer Ebene vermieden werden. Der DIHK hat insgesamt 31 konkrete Maßnahmen und Gesetzesanpassungen vorgeschlagen, wie man hier für Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen spürbare Entlastungen erzielen könnte. Einen intensiven Austausch hat der DIHK mit dem neu zusammengestellten Normenkontrollrat aufgenommen, der – in dieser Legislaturperiode im Bundesministerium der Justiz angesiedelt – die Bundesregierung in Sachen Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung unterstützt und kritisch begleitet.

DIHK hat auch in schwierigem Jahr Zeichen für Unternehmertum gesetzt

Der DIHK hat auch im vergangenen Jahr seine Umfragen zu Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen veröffentlicht und damit der Politik wichtige Impulse aus der Beratungspraxis der IHKs gegeben. Zudem hat der DIHK erneut Erkenntnisse aus unterschiedlichsten Austauschformaten ausgewertet, die die IHKs mit ihren Mitgliedern und an Unternehmen Interessierten vor Ort durchgeführt haben. Der DIHK hat auch in 2022 wichtige Impulse für mehr Gründungen und gesicherte Nachfolgen an Ministerien und Bundestagsfraktionen kommuniziert. Das gilt ebenso für die Herausforderungen bei den vielen anstehenden Unternehmensnachfolgen. Beim Nachfolgethema hat der DIHK verstärkt auf die immer deutlicher spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels hingewiesen. Der DIHK hat wiederholt mit Nachdruck von der Politik gefordert, den Stellenwert des Unternehmertums in Deutschland so schnell wie möglich zu erhöhen. Der Gesetzgeber sollte die Gründung und/oder die Fortführung eines Unternehmens so einfach wie möglich machen – was erfordert, konsequent Bürokratie abzubauen und Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen.

Sustainable Finance

Für die Transformation der deutschen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität sind in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen notwendig, nicht nur beim Staat, sondern vor allem in den Unternehmen. Die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird ganz wesentlich vom Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung beeinflusst. Der DIHK ist als „Beobachter“ des Beirats eingebunden, die IHK-Organisation direkt im Beirat mit einem mittelständischen Unternehmen vertreten. In zahlreichen fachlichen Arbeitsgruppen wird zusammen mit Investoren, Banken, verschiedenen NGOs und der Wissenschaft um Lösungen gerungen. Der DIHK setzt sich dafür ein, dass Unternehmensinvestitionen in nicht-fossile Energiekonzepte, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen gerade auch von den den Standort prägenden KMUs gestemmt werden können. Im November 2022 wurde vom DIHK-Vorstand das Positionspapier „Sustainable Finance: Finanzierung der Transformation fördern statt erschweren!“ beschlossen. Auf www.dihk.de steht ein umfangreiches Dossier zu Sustainable Finance zur Verfügung.

Neuer EU-Rechtsrahmen für Medizinprodukte: DIHK fordert Anpassungen

Ob chirurgische Instrumente, Produkte der Orthopädie oder Seh- und Hörhilfen: Viele Medizinprodukte werden infolge der neuen europäischen Medizinprodukteverordnung (Medical Device Regulation, MDR) schon jetzt vom Markt genommen, zahlreiche weitere werden spätestens 2024 verschwinden: Dies zeigen die im Mai veröffentlichten Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung. Die MDR regelt den EU-Marktzugang für Medizinprodukte neu. Die Umsetzung der neuen Vorgaben ist jedoch mit großen Herausforderungen gerade für die vielen kleinen und mittleren Betriebe der Branche verbunden. Gründe sind unter anderem erhebliche Kostensteigerungen und Kapazitätsengpässe bei den Zulassungsstellen. Die Umfrageergebnisse zeigen auch negative Auswirkungen der MDR auf die Innovationstätigkeit der Betriebe: Bei fast jedem zweiten Betrieb liegen derartige Projekte aufgrund der MDR auf Eis. Ein Fünftel der Unternehmen weicht bei

der Erstzulassung seiner medizintechnischen Innovationen aufgrund der MDR auf andere Märkte wie etwa die USA oder Asien aus. Die Ergebnisse der Umfrage wurden genutzt, um auf Landes-, Bundes- und Europaebene nochmals dezidiert auf Probleme der Betriebe aufmerksam zu machen und entsprechende Forderungen zu platzieren.



Industrie vor Ort unterstützen: Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen

Akteure, die sich auf regionaler Ebene für die Belange der Industrie engagieren, finden eine zentrale Anlaufstelle bei der im Auftrag des BMWK gegründeten Service- und Beratungsstelle. Zwei Drittel der rund 70 Initiativen arbeiteten mit IHKs zusammen oder wurde auf IHK-Initiative gegründet. Das Projektteam vernetzt Industrieakteure bundesweit, informiert über seine Website zu Zukunftsthemen der Industrie und organisiert Fach- und Vernetzungsveranstaltungen. Ein wichtiger Partner des Projekts ist das Bündnis „Zukunft der Industrie“, in dem neben BMWK und DIHK 17 Verbände und Gewerkschaften Mitglied sind. Die zentrale Veranstaltung 2022 war das IndustrieForum im Haus der Deutschen Wirtschaft, bei dem Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär im BMWK, und Achim Dercks mit Mitgliedern des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ und ca. 100 Teilnehmern die Bedeutung der Regionen für die industrielle Transformation vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen erörterten.

DIHK-Impulspapier zur Deutschen Agentur für Transfer und Innovation erschienen

Der Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode sieht die Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Inno-

vation (DATI) vor. Für eine wirtschaftsnahe Ausgestaltung hat der DIHK bereits im Frühjahr des Jahres erste Ideen für die Arbeitsweise und regionale Verankerung der DATI vorgestellt. Zusammen mit den IHKS sowie Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertretern aus dem DIHK-Ausschuss Industrie und Forschung wurde ein Impulspapier veröffentlicht, das die Notwendigkeit einer technologie-, themen- und akteursoffenen Ausgestaltung der zukünftigen Agentur betont. Für den Erfolg der DATI ist die Einbindung der gewerblichen Wirtschaft als unmittelbar betroffenem Transferakteur eine notwendige Voraussetzung.

DIHK-Befragung zur steuerlichen Forschungsförderung

Die 2019 eingeführte steuerliche Forschungsförderung (Forschungszulage) soll Forschung und Entwicklung in den deutschen Unternehmen verstetigen und neue Innovationen anschieben. Eine DIHK-Befragung zeigte, dass mehr als jeder zweite Betrieb die Förderung zur Ausweitung der eigenbetrieblichen Forschung und Entwicklung nutzen will. Ein überraschendes, positives Ergebnis aus der Befragung: Die Bescheinigung, dass ein förderfähiges Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vorliegt, hilft jedem zehnten Betrieb mit bis zu 250 Mitarbeitern bei der externen Unternehmensfinanzierung. Obwohl die Forschungszulage mittlerweile mehr als jedem zweiten Unternehmen bekannt ist, hatten nur rund vier von zehn der Firmen bislang Anträge gestellt.

Rohstoffmangel wird zum größten Geschäftsrisiko für die Industrieunternehmen

Lieferschwierigkeiten sowie deutliche Preissteigerungen bei Vorprodukten und Rohstoffen bereiten den Unternehmen, vor allem in der Industrie, immer mehr Schwierigkeiten – und erschweren den wirtschaftlichen Erholungsprozess nach der Krise. So zeigte beispielsweise die unter 24.000 Unternehmen durchgeführte Konjunkturumfrage des DIHK im Herbst 2022, dass das Geschäftsrisiko „Energie- und Rohstoffpreise“ mit 82 Prozent gegenwärtig für deutsche Unternehmen das größte Risiko darstellt. Darüber hinaus gaben



Claudia Müller, Koordinatorin für Maritime Wirtschaft und Tourismus im BMWK, informiert im April 2022 über aktuelle Vorhaben der Bundesregierung zur Tourismuswirtschaft

im Herbst 2022 im AHK World Business Outlook 42 Prozent von 4.200 im Ausland tätigen Unternehmen an, dass sie für die nächsten zwölf Monate die Rohstoffpreise als das größte Risiko für die Weltwirtschaft betrachten. Damit war es gemeinsam mit dem ebenfalls von 42 Prozent der befragten Unternehmen benannten Risiko „Störungen der Lieferkette“ das größte Risiko, noch knapp vor den Energiepreisen.

DIHK-Tourismusausschuss in Berlin und Gera

In der Frühjahrsitzung am 27. und 28. April 2022 im Deutschen Industrie- und Handelskammertag lag der Fokus auf

der Fortschreibung der Nationalen Tourismusindustrie und den im Koalitionsvertrag zur Umsetzung angekündigten Punkten. Dazu zählen drängende Themen der Tourismuswirtschaft wie Mitarbeitermangel im Gastgewerbe sowie die Digitalisierung. Darüber hinaus standen sowohl die aktuelle (welt-)politische Situation und deren Einfluss auf die Tourismuswirtschaft als auch tourismusspezifische Vorhaben auf EU-Ebene auf der Tagesordnung.

Christine Büring, Vorsitzende des DIHK-Tourismusausschusses und Vize-Präsidentin der IHK Ostthüringen zu Gera lud die Mitglieder des DIHK-Tourismusausschusses



DIHK-Tourismusausschusssitzung in Gera im November 2022

für die letzte Sitzung der Ausschusssperiode in „ihren“ Kammerbezirk nach Gera und Altenburg ein. Sitzungsthemen waren im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung von Innenstädten unter anderem Energie und Rohstoffe, Fachkräfte und Mitarbeiter, Kaufkraft und Unternehmensnachfolge.

Gemeinsame Sitzung mit der Wirtschaftskammer Österreich

Die gemeinsame Sitzung des DIHK und der federführenden IHKs der Tourismuswirtschaft mit der WKÖ/Bundes- und Landessparten Tourismus und Freizeitwirtschaft fand am 28. und 29. September 2022 in Wien auf Initiative von Bundes-

spartenobmann Robert Seeber und Magister Katzenschlager, Geschäftsführer der WKÖ Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft statt. Beim Arbeitstreffen standen die aktuellen Herausforderungen der Branche in Deutschland und Österreich wie der touristische Arbeitsmarkt, die Energie- und Preissteigerungen, Hospitality, das Konsumverhalten und die Auslandsmärkte auf der Agenda.



Besonders für Unternehmen des Mittelstandes ist es wichtig, dass ihre Interessen gebündelt an die Politik herangetragen werden. Ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer wie DIHK-Vizepräsidentin Marjoke Breuning (l.) und DIHK-Vizepräsident Ralf Stoffels tragen Sorge dafür, dass die Anliegen von mittelständischen Unternehmen in Berlin und Brüssel gehört werden

Standorte stärken

Industriebetriebe sind vielerorts die Basis unserer Wirtschaft. Die vielen Kleinbetriebe aus Einzelhandel, Gastronomie sowie der Freizeit- und Kulturbranche sind diejenigen, die Standorte attraktiv und lebenswert machen und dazu beitragen, dass Beschäftigte dort gerne wohnen und arbeiten. Diese kleinen Betriebe sind aber auch diejenigen, die sich in den letzten Jahren von Krise zu Krise hangeln und oft nicht wissen, wie es weitergehen soll. Die Erhaltung der multifunktionalen Innenstädte und Zentren und deren Entwicklung ist ein zentrales Thema für die Stadtentwicklung. Der DIHK bringt sich im Beirat Innenstadt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen ein und berät zu Maßnahmen der Stärkung der multifunktionalen und resilienten Innenstadt. Im Rahmen des Fokusthemas „Regionen und Städte zukunftsfest gestalten“ wurden in zahlreichen Netzwerkveranstaltungen, Dialogplattformen und Diskussionen weitere Aspekte der zukunftsfesten Gestaltung von Innenstädten und Ortszentren vermittelt, weitergedacht und gefordert.

Verkehrswege schneller bauen – viel guter Willen, aber noch ein langer Weg zum Ziel

Durch die plötzliche Sperrung der A 45 im Bereich der Rahmedetalbrücke sind die Probleme der Verkehrsinfrastruktur auch außerhalb der Fachkreise zum Thema geworden. Die Forderungen des DIHK nach einer Erhöhung und Verstärkung der Investitionsmittel sowie nach Änderungen im Planungsrecht haben inzwischen zu Verbesserungen geführt. Doch die Verkehrsnetze von Straße, Schiene und Wasserstraße sind stellenweise weiterhin in schlechtem Zustand. Engpässe sollten zügig beseitigt und marode Brücken künftig rechtzeitig ersetzt werden. Dafür sind weitere Verschärfungen in den Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig. Bei den Infrastrukturbetreibern wie auch bei den zuständigen Behörden und Gerichten ist eine ausreichende Zahl an Fachleuten unverzichtbar. Angesichts des kurzfristig nicht zu behebenden Mangels an Bauingenieuren sollte geprüft werden, inwieweit durch serielles Bauen



DIHK-Verkehrsausschuss im April 2022: v.l.n.r. Dirk Binding, Leiter des DIHK-Bereichs Digitale Wirtschaft, Infrastruktur, Regionalpolitik, Udo Schiefner, MdB, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages, Georg Dettendorfer, Vorsitzender des DIHK-Verkehrsausschusses und Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern

Effizienzpotenziale erschlossen werden können. Mit dem Papier „Bereit zur Transformation – Planungs- und Genehmigungsverfahren zukunftsfähig gestalten“ hat der DIHK pragmatische Vorschläge zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in die Debatte eingebracht. Im

Zuge des Ende 2022 angelaufenen Infrastrukturdialogs des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr setzt sich der DIHK dafür ein, dass Forderungen nach Streichungen von Straßenprojekten des Bundes aus Gründen des Klimaschutzes nicht nachgegeben wird.



Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Bauen, Verkehr und Digitalisierung des Landes Niedersachsen, spricht auf Einladung des DIHK-Verkehrsausschusses über verkehrspolitische Themen

Business Women IHK: „Wir packen die Zukunft an!“

Was bedeutet „Metaverse“? Welche Relevanz hat die neue virtuelle Welt für die deutsche Wirtschaft? Diese Fragen diskutierten rund 150 Unternehmerinnen beim DIHK-Netzwerktag „Business Women IHK“ am 1./2. September 2022 in Potsdam. Eröffnet wurde die gemeinsam vom DIHK und der IHK Potsdam ausgerichtete Leuchtturmveranstaltung von der Brandenburger Bundestagsabgeordneten und Außenministerin Annalena Baerbock, DIHK-Vizepräsidentin Marjoke Breuning und Potsdams IHK-Präsident Peter Heydenbluth (im Amt bis Anfang September 2022). In der Podiumsdiskussion motivierten die Expertinnen zum Ausprobieren der Möglichkeiten in der virtuellen Welt.

Ein weiteres Highlight stellte die Vorstellung der folgenden drei Projekte durch die DIHK-/IHK-Projekt Koordinatorinnen dar:

- 1) Nachhaltig in die Zukunft führen
- 2) Begeisterung von Mädchen für das Unternehmerintum
- 3) Gewinnung von mehr Unternehmerinnen für IHK-Ehrenamtsaktivitäten

Rund 70 Unternehmerinnen arbeiten seit dem DIHK-Netzwerktag in Lübeck im Jahr 2021 an diesen Projekten mit und brachten zahlreiche Best-Practice-Beispiele ein.

Am Ende des von Energie und Tatendrang geprägten DIHK-Netzwerktags übergab Vizepräsidentin Bärbel Röhncke den Staffelpstab an Anja Fischer, Vizepräsidentin der IHK zu Dortmund. Sie lud alle in den IHKs aktiven Unternehmerinnen zum nächsten DIHK-Netzwerktag „Business Women IHK“ am 13./14. September 2023 in die westfälische Großstadt ein.



Unternehmerinnen diskutieren beim DIHK-Netzwerktag Business Women IHK, vorne, v.l.n.r.: Annelie Herrmann, Director of Sales, room AG, Jana Storbeck, Referatsleiterin Organisationsentwicklung, DIHK, Julia Arnold, Referatsleiterin Business Women IHK und Netzwerkkommunikation, DIHK, Marjoke Breuning Vizepräsidentin, DIHK



Eröffnungsabend Business Women IHK, v.l.n.r.: DIHK-Vizepräsidentin Marjoke Breuning, Brandenburger Bundestagsabgeordnete und Außenministerin Annalena Baerbock, Präsident der IHK Potsdam Peter Heydenbluth



Podiumsdiskussion „Metaverse“ beim DIHK-Netzwerktag Business Women IHK, v.l.n.r.: Christiane Nicolai, AUDI AG, Annelie Herrmann, room AG, Johanna Pirker, Graz University of Technology, Moderatorin Ilka Groenewold



DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben beim Thinktank „Staat und Wirtschaft 4.0: Einfach. Online. Digital“

Steuer- und Finanzpolitik

Die Finanz- und Steuerpolitik stand im Jahre 2022 im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Kurzfristige Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen standen im Vordergrund der Politik. Der DIHK hat sich wiederholt dafür eingesetzt, dass diese Maßnahmen nicht durch höhere Steuern finanziert werden dürfen. Denn die Unternehmen in Deutschland tragen im internationalen Vergleich ohnehin bereits mit der höchsten Steuerbelastung. Jede weitere Erhöhung würde die dringend erforderlichen Investitionen der Unternehmen und damit die Wachstumschancen belasten. Der DIHK hat in einer Vielzahl von Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass die deutlich erhöhte Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben eine konsequent wachstumsorientierte Politik erforderlich macht. Auch die 2022 vom DIHK durchgeführten Umfragen unter den Unternehmen haben gezeigt, dass Belastungen durch Steuern und Bürokratie für die Unternehmen wichtige Faktoren ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind.

Digitalisierung der Umsatzsteuer praktikabel gestalten

Die Ampelkoalition will mit der Einführung eines elektronischen Meldesystems den Umsatzsteuerbetrug eindämmen. Das unterstützt der DIHK, weil durch den Betrug wichtige Steuereinnahmen fehlen und Betrüger sich unrechtmäßig Wettbewerbsvorteile gegenüber allen anderen Unternehmen verschaffen. Eine elektronisches Melde- und Kontrollsystem sollte deshalb möglichst mit bestehenden Systemen in den Unternehmen kompatibel und mit europäischen Lösungen abgestimmt sein. Zudem sollte es zumindest flankiert werden mit einer zeitnahen Auswertung durch die Finanzverwaltung. Der DIHK macht sich dafür stark, dass Unternehmen in die Entwicklung und die erforderliche ausführliche Testphase einbezogen werden.

Nochmals steuerliche Coronahilfe

Zu Beginn des Jahres wurden mit dem 4. Corona-Steuerhilfegesetz wichtige Forderungen der IHK-Organisation aufgegriffen. So wurde die degressive Abschreibung nochmals um ein Jahr verlängert. Der DIHK hat betont, dass diese Regelung besser unbefristet gelten sollte, da sie angesichts der schnellen technologischen Entwicklung den wirtschaftlichen Wertverzehr von Investitionen

am ehesten wiedergibt. Darüber hinaus wurde zur Verbesserung der Liquidität der Unternehmen der Verlustrücktrag dauerhaft von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert. Aus Sicht des DIHK wäre eine Ausweitung auf Vorkrisenjahre – also 2019 und früher – erforderlich, um möglichst vielen Unternehmen diese Möglichkeit einzuräumen. Für die im Zuge der Coronahilfen eingeführte Sofortabschreibung digitaler Wirtschaftsgüter wurde auf Drängen des DIHK die Rechtssicherheit in der Anwendung durch ein erneutes Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen erhöht.

Jahressteuergesetz 2022 – wichtige steuerliche Änderungen zum Jahresende

Mit dem Jahressteuergesetz 2022 wurden neben den üblicherweise erforderlichen technischen Anpassungen im Steuerrecht wichtige Änderungen vorgenommen. Eingeführt wurde vor allem eine Einkommensteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen bis zu einer Leistung von 30 kW, um so bestehende steuerbürokratische Hürden, die der Beschleunigung der Energiewende entgegenstehen, abzubauen. Darüber hinaus wurde auf DIHK-Empfehlung auch die Befreiung von der Gewerbesteuer an die höhere Schwelle von 30 kW angepasst. Zudem wurde der AfA-Satz für Wohngebäude auf drei Prozent erhöht, was ebenfalls zu deutlichen Vereinfachungen in der Verwaltung führt. Zudem werden damit positive Anreize für klimagerechte Neubauten gesetzt. Verhindert hat der DIHK Verschärfungen bei der Abschreibung von Betriebsimmobilien, weil dies vor allem die Logistikbranche und den Einzelhandel negativ getroffen hätte. Eingeführt wurde eine Besteuerung von Übergewinnen im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich. Hier konnte der DIHK erreichen, dass die Besteuerung lediglich in Höhe des EU-weit geforderten Mindestmaßes von 33 Prozent erfolgt. Wachstumsschädliche negative Investitionsanreize dürften dennoch eintreten.

Kalte Progression: Energiepreispauschale

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz werden Effekte der sogenannten kalten Progression bei der Einkommensteuer gemildert. Das ist richtig. Für viele Einzelunternehmen und Personengesellschaften (Personenunternehmen) ist – wegen der Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer – die Einkommensteuer die eigentliche Unternehmensteuer und damit von zentraler Bedeutung für die Steuerbelastung des Unternehmensgewinns. Der DIHK hat sich dafür eingesetzt, die Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs anzupassen und dabei insbesondere die aktuellen Inflationswerte zugrunde zu legen. Dadurch konnte zumindest ab 2023 eine deutlich größere Belastung der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen verhindert werden. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 2022 wurden Unternehmen verpflichtet, im September eine staatliche Leistung in Form einer sogenannten Energiepreispauschale (EPP) in Höhe von 300 Euro an ihre Arbeitnehmer auszuzahlen. Der DIHK konnte gemeinsam mit anderen Verbänden der gewerblichen Wirtschaft erreichen, dass die Unternehmen die auszahlende Summe nicht vorfinanzieren mussten, sondern sie mit abzuführender Lohnsteuer verrechnen durften. Gerade den von der Coronakrise gebeutelten KMU blieb so wichtige Liquidität erhalten. Zahlreiche Fragen der Unternehmen konnte der DIHK frühzeitig in einen FAQ-Katalog der Finanzverwaltung mitbringen, um den Unternehmen eine rechtssichere und unbürokratische Abwicklung zu ermöglichen.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung auf der Zielgeraden

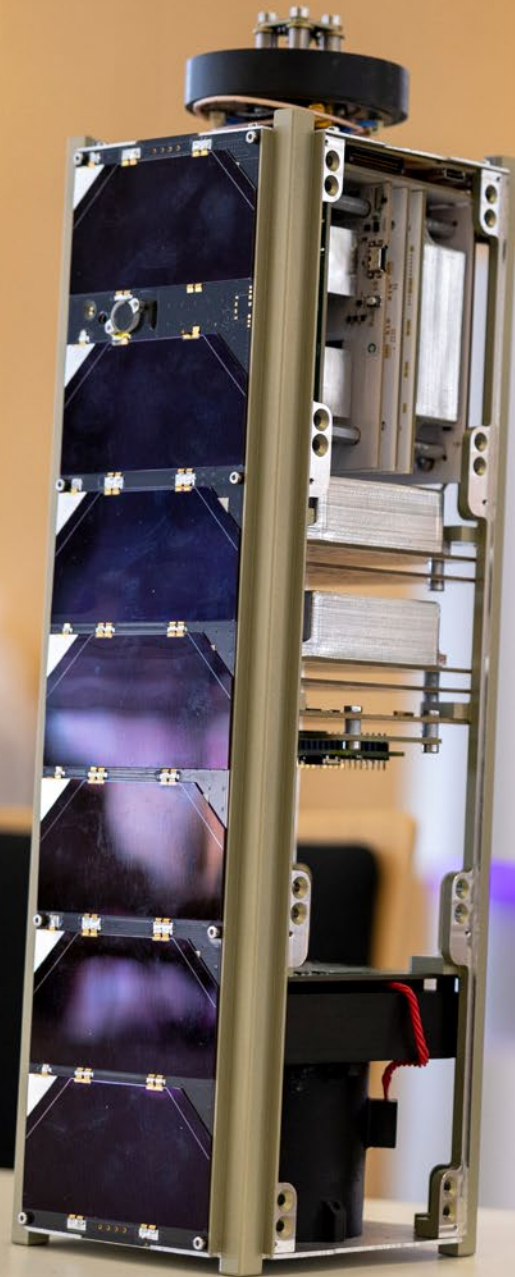
Unter dem Dach der OECD arbeiten 145 Staaten an einer grundlegenden Reform der internationalen Steuervorschriften, die bereits im Jahr 2024 in Kraft treten soll. Unternehmen müssen dann ihre Gewinne nicht mehr nur dort versteuern, wo sie Standorte wie z.B. Tochtergesellschaften

oder Betriebsstätten unterhalten, sondern auch dort, wo die Endabnehmer ihrer Produkte und Dienstleistungen ansässig sind. Zudem soll mit einer „Globalen Mindeststeuer“ sichergestellt werden, dass an allen Standorten effektiv mindestens 15 Prozent Steuern entrichtet werden und der Heimatstaat ggf. eine Nachversteuerung vornehmen kann. Der DIHK hat sich intensiv in den Gesetzgebungsprozess eingebracht: In mehreren Stellungnahmen haben wir uns gegenüber der OECD für Vereinfachungen und einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf für Unternehmen eingesetzt. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen haben wir im Austausch mit dem Bundesfinanzministerium und der EU-Kommission praxisgerechte Lösungen entwickelt.

Leitlinien für eine Neuordnung der internationalen Unternehmensbesteuerung

Der DIHK-Vorstand hat im November 2022 ein Positionspapier zum Internationalen Steuerrecht beschlossen, in dem die Leitlinien der IHK-Organisation für unternehmensfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen dargelegt werden. Internationalisierung ist für viele Unternehmen Alltag und Notwendigkeit zugleich, um Produktions- und Absatzmärkte im Ausland zu sichern. Die internationale Arbeitsteilung bedarf international abgestimmter Steuerregeln, mit denen grenzüberschreitende Aktivitäten unterstützt – und nicht behindert – werden. Das Papier benennt zudem konkrete Vorschläge zur Modernisierung des Außensteuerrechts und zur Reduzierung der bestehenden Melde- und Befolgungspflichten für Unternehmen. Neben den besonders für Familienunternehmen wichtigen Vereinfachungen und Klarstellungen bei der sogenannten Wegzugsbesteuerung fordert die IHK-Organisation eine Reform der Hinzurechnungsbesteuerung und weiterer „Anti-Missbrauchsvorschriften“. Ebenfalls sollte das Netz der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen ausgebaut werden.

Kleinsatellit des Zentrums für Telematik e.V., vorgestellt von Julian Scharnagl, Leiter der Raumfahrtabteilung, vor dem DIHK-Ausschuss für Kommunikation und Medien im Mai 2022 in Würzburg



Digitalisierung

Die Bewältigung aktueller Herausforderungen ist ohne die Digitalisierung undenkbar – ob im Umgang mit Fachkräfteengpässen, als Lösungsansatz zur Steigerung der Energieeffizienz oder im Zuge der andauernden Pandemiesituation. Digitale Technologien sind Treiber für Effizienz und bieten viele Potenziale. Um die Chancen der Digitalisierung für Betriebe aller Größen nutzbar zu machen, hat sich der DIHK auch 2022 dafür eingesetzt, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, bestehende Hemmnisse abzubauen und die Unternehmen auf ihrem Weg der digitalen Transformation zu begleiten.

Digitalisierung trifft Nachhaltigkeit – Thema für den Mittelstand

Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Obwohl digitale Technologien vielfältige Chancen bieten, um Geschäftsprozesse und ganze Geschäftsmodelle nachhaltiger zu gestalten und sie insbesondere auch zu Energieeffizienzgewinnen beitragen, werden diese Potenziale bisher nicht ausreichend gehoben. Deshalb hat der DIHK im Jahr 2022 gemeinsam mit der Bundesnetzagentur ein neues

Netzwerkformat für Multiplikatoren ins Leben gerufen. Es ermöglicht einen regelmäßigen Austausch von Erfahrungen, Projekten und Ideen zum Thema Digitalisierung und nachhaltiger Entwicklung zwischen verschiedenen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Unterstützungsangebote sollen dadurch besser verknüpft und auffindbar gemacht werden. Eröffnet wurde das neue Format durch Klaus Müller (BNetzA) und Achim Dercks (DIHK) bei einer Auftaktveranstaltung im September.

Den digitalen Durchblick behalten

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden zahlreiche richtungsweisende digitalpolitische Gesetzesvorhaben mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Weg gebracht. Die neuen Regelungen betreffen potenziell Unternehmen jeglicher Größen und Branchen. Um die Unternehmen bei der Umsetzung rechtlicher Anforderungen zu unterstützen, hat der DIHK zu Jahresbeginn den „DIHK Durchblick Digital“ ins Leben gerufen. Das neue Format erklärt die Inhalte digitalpolitischer Gesetzesvorhaben leicht verständlich und praxisnah und unterstützt die Unternehmen professionell bei der Umsetzung rechtlicher Anforderungen.

Gemeinsam Wissen aufbauen

Die Digitalisierung in den Unternehmen nach vorne bringen – das ist das Ziel einer gemeinsamen Initiative von IHKs und dem DIHK. Unter dem Motto #Gemeinsam-Digital bieten die Partner Webinare zu unterschiedlichen Digitalisierungsthemen an. Im Jahr 2022 erhielten mehrere zehntausend Unternehmen in mehr als 400 Webinaren hilfreiches Know-how rund um digitale Technologien und Prozesse. Im Fokus des diesjährigen Programms standen die Themen Datennutzung, Datensicherheit, künstliche Intelligenz und Cloudtechnologie.



Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK (rechts) und Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, diskutieren am Netzwerktag „Digitalisierung trifft Nachhaltigkeit – ein Thema für den Mittelstand?“ im September 2022, welche Rahmenbedingungen für eine bessere Verknüpfung der Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit benötigt werden

Vertrauenswürdige Leitplanken für künstliche Intelligenz schaffen

Um KI-Technologien erfolgreich in Europa zu etablieren und das Vertrauen in diese zu stärken, sind Normen und Standards entscheidende Instrumente. Sie können Unternehmen als Rahmenbedingung eine Orientierung bieten, sichere, funktionale und gleichermaßen vertrauenswürdige Anwendungen zu entwickeln. Das Deutsche Institut für Normung (DIN) hat im Jahr 2022 gemeinsam mit der deutschen Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik in DIN und VDE (DKE) den zweiten Teil der Normungsroadmap für KI entwickelt. Volker Treier, Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, brachte dabei die Perspektive der Unternehmen ein. Das Dokument wurde im Dezember 2022 veröffentlicht. Es liefert zentrale Handlungsempfehlungen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die künftigen Normen und Standards innovationsfreundliche Bedingungen für die Technologie der Zukunft schaffen.

DIHK fordert zügige Digitalisierung im Gesundheitssektor

Unzureichende Vernetzung, Hindernisse bei der Datennutzung, komplexe Entscheidungsstrukturen: Die Coronakrise hat bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen eine lange Mängelliste ans Licht gebracht. Deshalb war die Digitalisierung auch ein Themenschwerpunkt im DIHK-Ausschuss für Gesundheitswirtschaft. Als Impuls für die neue Legislaturperiode hat der Ausschuss ein Positionspapier erarbeitet, bei dem z. B. die Nutzung von Gesundheitsdaten, der Marktzugang für digitale Gesundheitsanwendungen sowie der Gründungsort für „Digital-Health“-Start-ups thematisiert werden. Darüber hinaus diskutierten die Unternehmerinnen und Unternehmer unter anderem mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der FDP, Prof. Andrew Ullmann, über gesundheitspolitische Herausforderungen und Projekte der neuen Legislaturperiode.



Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswirtschaft Wolfgang Blank (rechts) mit Prof. Andrew Ullmann, MdB

Medizinische Versorgungszentren: Unternehmenspotenziale heben – Qualitätswettbewerb stärken

Der Hausarzt im Nachbarort findet keinen Nachfolger, die Möglichkeit zur Diagnostik ist eingeschränkt, das medizinische Fachangebot in der Region überschaubar – Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind oft die Lösung für diese und weitere strukturelle Probleme bei der medizinischen Versorgung. Wie dieses Potenzial noch besser genutzt werden und welche Rolle das Unternehmertum bei der Qualitätsverbesserung spielen kann, hat der DIHK – nach intensiven

Beratungen im DIHK-Gesundheitswirtschaftsausschuss und mit den IHKs – in einem Impulspapier zusammengetragen. Schließlich sind funktionierende Versorgungsstrukturen eine zentrale Voraussetzung für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsort. Davon profitiert die Fachkräftegewinnung und -bindung. Zudem beeinflusst eine gute Versorgung auch direkt die Arbeitsfähigkeit und Fehlzeiten von Beschäftigten in Betrieben.

Internationaler E-Commerce: Chancen und Risiken

E-Commerce öffnet auch kleineren Unternehmen und Mittelständlern die Tür zu Kunden in der ganzen Welt. Die Studie von DIHK und ibi research zum „Cross-Border-E-Commerce“, zeigt, dass drei von vier der befragten Unternehmen ihre Waren oder Dienstleistungen im oder ins Ausland verkaufen – wichtigster Vertriebskanal ist dabei der Onlineshop, den über die Hälfte nutzt. Die Studie zeigte auch: Rechtliche Unsicherheiten sind die größte Hürde für den Verkauf ins Ausland.

Der DIHK fordert daher eine weitere Harmonisierung der Regeln im Binnenmarkt, einheitliche Ansprechpartner oder zumindest Ausnahmen bei der Anwendung dieser Vorschriften für kleine und mittelständische Betriebe. Die Ergebnisse der Studie wurden Ende Juni vorgestellt und im Anschluss fanden gemeinsam mit den IHKs Webinare statt, die den Unternehmen den Vertrieb im Ausland erleichtern sollen.

Fortwährende Herausforderung für alle Unternehmen

Mit zunehmender Digitalisierung und Datennutzung steigt auch das Risiko für Unternehmen, Opfer von Datenmissbrauch und Angriffen auf die IT-Struktur zu werden. Die aktuelle geopolitische Lage lässt hier keine Besserung erwarten. Zwar haben die Unternehmen die Gefahren erkannt und häufig technische Vorkehrungen getroffen. Die DIHK-Digitalisierungsumfragen zeigen jedoch weiteren Handlungsbedarf zum einen beim Schutz der Unternehmen und zum anderen bei den organisatorischen Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit. So haben die meisten der kleinen Unternehmen bislang keinen schriftlich festgehaltenen Plan für den Fall eines IT-Sicherheitsvorfalls. Auch Mitarbeiterschulungen, Nutzungsrichtlinien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die Einrichtung eines IT-Sicherheitsbeauftragten sind trotz zunehmender Bedrohung noch nicht weit verbreitet.

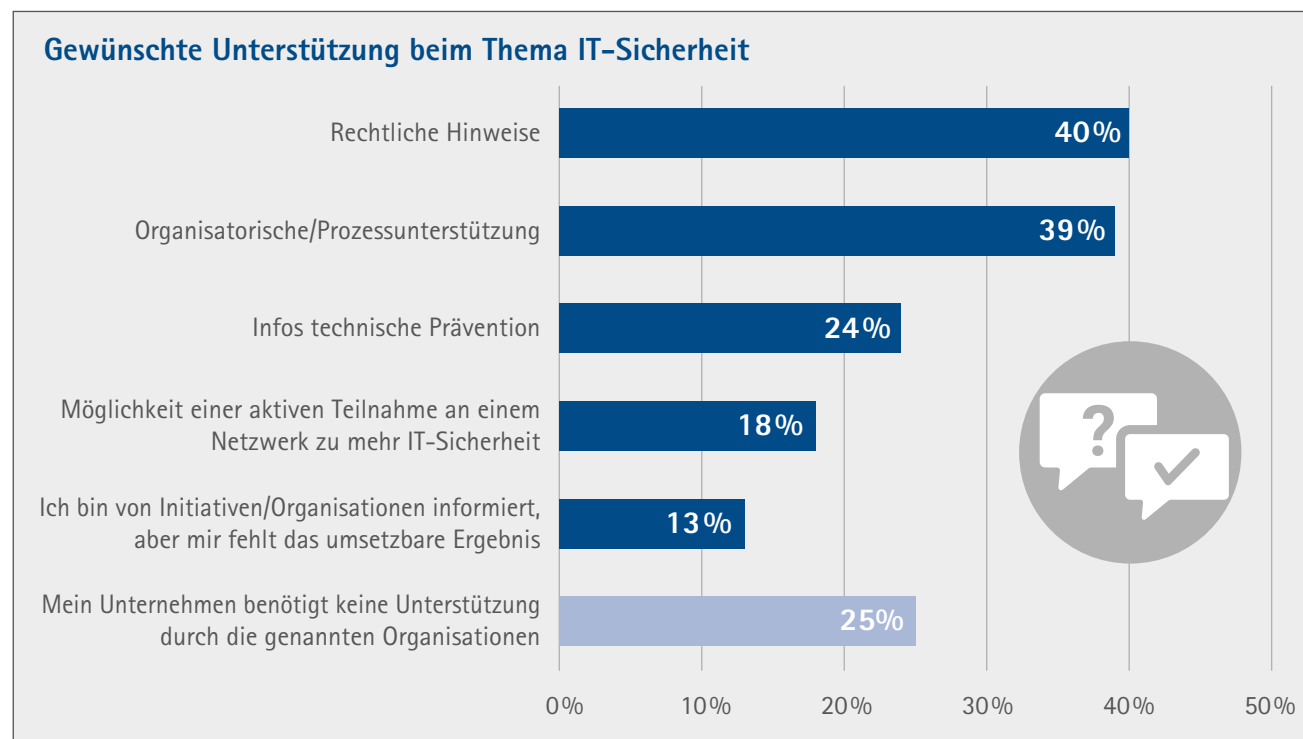
DIHK und IHKs bieten Unterstützung

Noch besteht großer Informations- und Unterstützungsbedarf bei der Integration der Daten- und Informationssicherheit in den Unternehmensalltag. DIHK und IHKs vermitteln in zahlreichen Formaten Informationen zu möglichen Gefährdungen und geben praktische Hinweise, wie Unternehmen ihre Informationssicherheit verbessern können. Die IHK-Organisation engagiert sich in der Transferstelle IT-Sicherheit im Mittelstand und im Beirat der Allianz für Cybersicherheit. So werden über die Transferstelle passgenaue Unterstützungsangebote für Unternehmen in die Fläche gebracht. Im Rahmen der Allianz für Cybersicherheit arbeitet die IHK-Organisation an einer Verbesserung der Informationen zur Gefährdungslage und an Handlungsempfehlungen für die Wirtschaft.

Cyberangriff auf IHK-Organisation

Im Sommer wurde die IHK-Organisation einschließlich des DIHK Ziel einer gravierenden Cyberattacke. Um möglichen Schaden zu vermeiden und Datensicherheit zu gewährleisten, wurden infolge des Vorfalls die IT-Systeme der IHK-Organisation vorsorglich vom Internet getrennt. Sehr sorgfältig wurde anschließend daran gearbeitet, nach intensiven Prüfungen sukzessive wieder online zu gehen. Hierbei stand die Sicherheit im Mittelpunkt.

Unterstützung erhielten DIHK und IHK-Organisation dabei von IT-Spezialisten. Die Frage, wer hinter der Attacke steckte, war bis zum Jahresende noch Gegenstand von Ermittlungen.



DIHK-Umfrage: Unternehmen wünschen sich mehr Unterstützung beim Thema IT-Sicherheit

Yvonne Denz, Geschäftsführerin der AHK Kanada, begrüßt im Rahmen des Canadian German Business Forum in Toronto Bundeskanzler Olaf Scholz und den kanadischen Premierminister Justin Trudeau – August 2022



International

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze in Deutschland und der EU

Um die Betriebe auf die Einführung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vorzubereiten, hat der DIHK zahlreiche Vorträge bei IHK-Ausschüssen, Arbeitskreisen und Veranstaltungen gehalten. Um die IHKs und AHKs für Unternehmensanfragen zu wappnen, wurden Schulungen für IHK- und AHK-Beschäftigte durchgeführt.

Politisch begleitete der DIHK die Umsetzung des LkSG durch Stellungnahmen sowie zahlreiche Gespräche und Treffen mit hochrangigen Mitarbeitern der Ministerien. Gemeinsam mit dem BMWK und der OECD Berlin wurde die Informationsveranstaltung „Sorgfaltspflichten und Chancen. Ein Dialog.“ mit über 200 Teilnehmern durchgeführt. Die Verhandlungen zum Erlass eines noch weitergehenden EU-Lieferkettengesetzes wurden durch eine umfassende Stellungnahme, eine Umfrage, Pressemeldungen, eine Reihe von Unternehmensroundtables und Podiumsdiskussionen mit verschiedenen Generaldirektionen der EU-Kommission sowie Europaparlamentariern und Vertretern des BMWK begleitet.

Fokus transatlantische Beziehungen

Der DIHK hat sich inhaltlich in die EU-US-Verhandlungen des Transatlantischen Handels- und Technologierats (TTC) eingebracht. Dieser ist eine Plattform für eine positive Wirtschaftskooperation im Bereich der Standards und der Zwillingstransition. Hierzu nutzt der DIHK auch die Transatlantic Business Initiative (TBI). Die Initiative wurde zur Stärkung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen vom DIHK gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft ins Leben gerufen. Gleichzeitig hat der DIHK sich mit den Auswirkungen des US Inflation Reduction Act auf die deutsche Wirtschaft auseinandergesetzt und sich für eine rasche



Paneldiskussion zu Entwicklungen im Bereich der Sorgfaltspflichten auf nationaler, EU- und internationaler Ebene, v.l.nr.: Moderatorin Melanie Vogelbach, DIHK, Anne-Kathrin Röthemeyer, BMWK, Renate Nikolay, EU-Kommission (zugeschaltet), Volker Treier, DIHK, Hannah Koep-Andrieu, OECD Paris

Abwendung der deutsche Unternehmen diskriminierenden Regelungen eingesetzt. Zudem hat sich der DIHK für engere Handelsbeziehungen mit Kanada sowie die Ratifizierung des Handelsabkommens CETA der EU mit Kanada stark gemacht. In diesem Zusammenhang hat er die Reise des Kanzlers und des Wirtschaftsministers nach Kanada begleitet und sich in die von der Bundesregierung initiierten CETA-Nachverhandlungen sowie die Ratifizierung im deutschen Bundestag eingebracht.

Fokus Klimaaußenpolitik

Unterschiedliche weltweite Ambitionsniveaus im Klimaschutzbereich und deren Folgen stellen eine zunehmende Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar, insbesondere mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher hat sich der DIHK stark in die Verhandlungen zu einem EU-CO₂-Grenzausgleichsmechanismus eingebracht – unter anderem mit einem umfassenden Positionspapier – und konnte so den Fokus der Verhandler auf wichtige Unternehmensforderungen im Bereich Exportwirtschaft lenken. Zudem wurden zentrale Forderungen des DIHK-Ideenpapiers zu einem internationalen Klimaklub von den Staats- und Regierungschefs der G7-Länder übernommen. Damit sollen neue Handelskonflikte vermieden und die Effizienz internationaler Klimaschutzmaßnahmen gestärkt werden. Der DIHK setzte sich in einer Bundestagsanhörung zudem dafür ein, internationale Verhandlungen zu einem Umweltgüterabkommen fortzuführen.

DIHK drängt auf Reformen im EU-Zollrecht

Eine effiziente Abfertigung internationaler Warenströme durch die Zollverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten ist für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sehr wichtig. Zentrale Baustelle ist hier die Digitalisierung sämtlicher Zollprozesse und die informationstechnische Verknüpfung aller beteiligten Akteure. Nur ein komplett elektronisches Zollmanagement kann die Digitalisierungsdividende für Unternehmen und Zoll bestmöglich ausschöpfen.

Die EU beabsichtigt, ein umfassendes Zollreformpaket vorzulegen. Der DIHK hat sich in Abstimmung mit den IHKs an

entsprechenden Konsultationen beteiligt und konkrete „Vorschläge für Vereinfachungen im EU-Zollrecht“ (LINK) in Brüssel platziert. Eine der Kernforderungen ist, den Unionszollkodex und die Zollunion regelmäßig auf Möglichkeiten zur Entlastung von Unternehmen zu überprüfen.

DIHK-Delegation bei WTO-Ministerkonferenz

Der DIHK war als einziger Wirtschaftsverband im Juni 2022 als Teil der deutschen Delegation bei der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf vertreten. Wie bei den vorangegangenen WTO-Ministerkonferenzen setzte sich der DIHK für neue Marktchancen, den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen und die Erhaltung des regelbasierten Welthandelsystems ein und hatte hierfür im Vorfeld ein Impulspapier mit Reformvorschlägen erarbeitet.

Ein wichtiger Erfolg für die deutsche Wirtschaft war dabei, dass das Auslaufen des „WTO e-commerce“-Moratoriums verhindert werden konnte. Dieses verbietet seit den 90er Jahren Zölle auf internationale Datentransfers. Zwei Drittel der außereuropäischen Exporte Deutschlands beruhen bisher einzig auf WTO-Regeln, weshalb deren Erhalt für deutsche Unternehmen so bedeutend ist.

IHKs starten in die elektronische Carnet-Antragstellung

Mit der Einführung einer elektronischen Carnet-Antragstellung geht die IHK-Organisation einen großen Schritt in

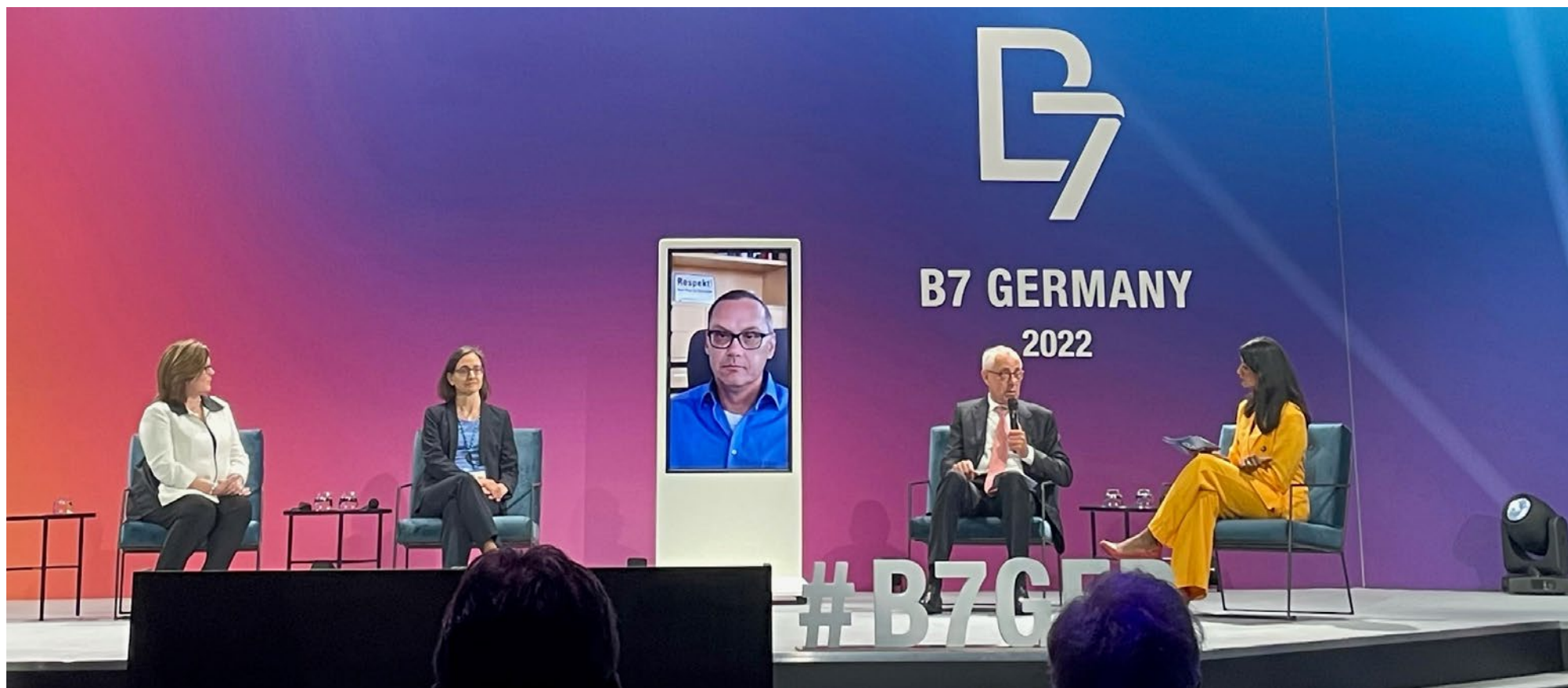


Ngozi Okonjo-Iweala (1.v.l.), Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO), mit DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier (1.v.r.)

Richtung Digitalisierung des Carnet-Prozesses. Dies bringt erhebliche Erleichterungen für Unternehmen, die ihre Waren sowie Warenmuster vorübergehend ins Ausland (außerhalb der EU) verbringen möchten. Der Carnet-Beantragungsprozess wird damit deutlich verschlankt, so dass beispielsweise die Stammdaten des Antragstellers nur einmalig eingegeben werden müssen und für zukünftige Carnets im System gespeichert sind. Der DIHK hat den Digitalisierungsprozess und die Abstimmung der IHKs mit der IHK Digital GmbH von Beginn an begleitet und koordiniert. Dies ist u. a. der Arbeit der vom DIHK ins Leben gerufenen IHK-Projektgruppe eCarnet zu verdanken.



Abschlusstreffen der G7-Engagement-Groups mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundeskanzleramt im Dezember 2022; Melanie Vogelbach (2.v.l.o.), Bereichsleiterin Internationale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsrecht des DIHK, vertritt die B7



B7-Gipfel im Juni 2022: Peter Adrian, DIHK-Präsident (2.v.r.), diskutiert auf einem Panel beim B7-Gipfel das Thema Dekarbonisierung der Industrie

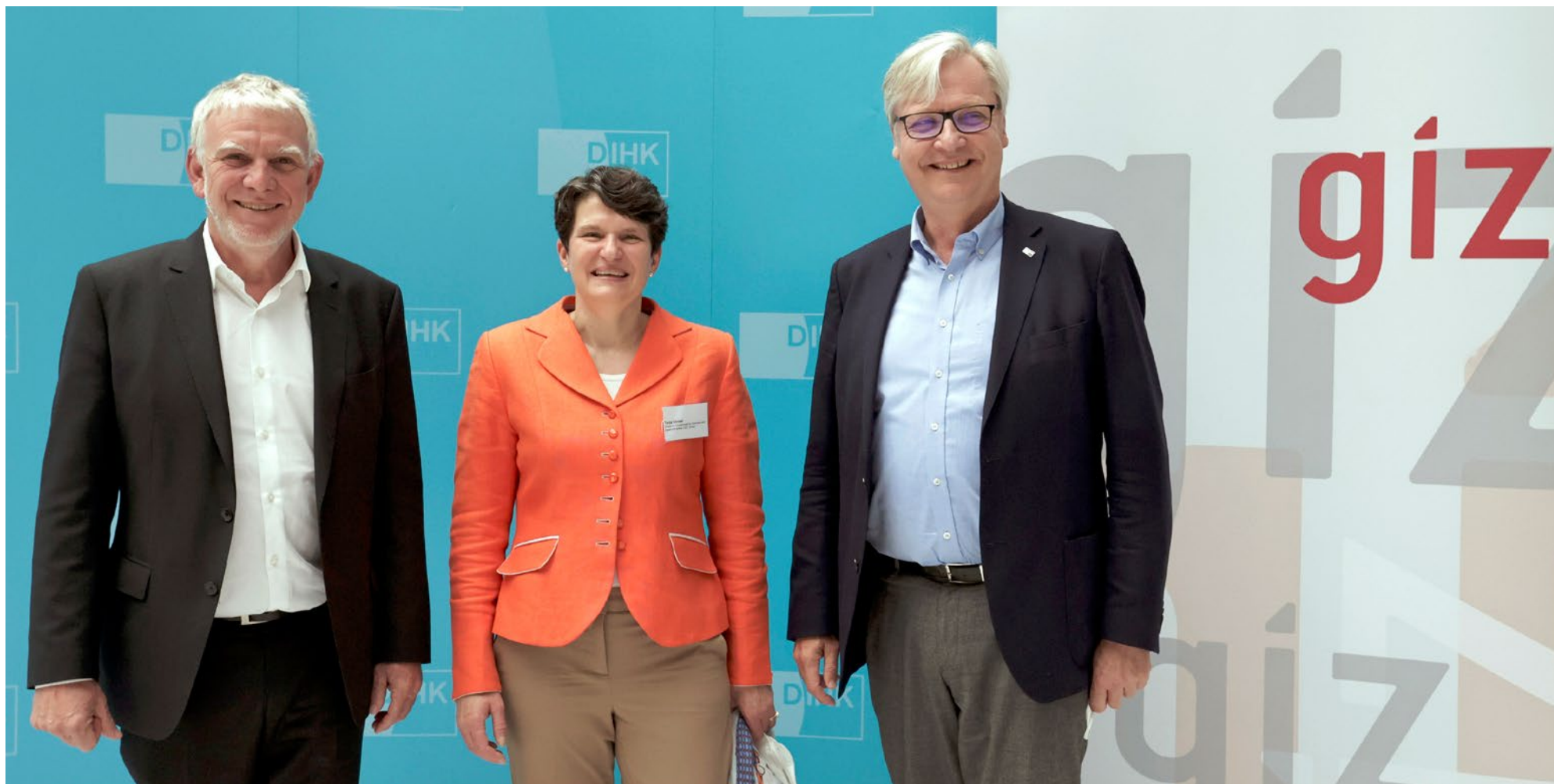
Auch auf das Ziel eines voll digitalen Carnets arbeitete der DIHK weiter hin. Mehrfach war er im Austausch mit der Generalzolldirektion, um für eine Digitalisierung der relevanten Zollprozesse in Deutschland zu werben. Mit dem sogenannten eCarnet sollen zukünftig auch weitere Schritte – Abholung des Carnets bei der IHK und Vorlage beim Zollamt in Papierform – der Vergangenheit angehören. Ausreichen soll dann lediglich ein QR-Code, der vom Zoll elektronisch abgelesen wird – ganz ohne Papier. In einer Pilotphase testen bereits zwei deutsche IHKs die digitale Carnet-Abfertigung mit ausgewählten Zollstellen in

anderen Pilotländern, unter anderem der Schweiz, Kanada, China, Norwegen und Großbritannien

DIHK vertritt deutsche Wirtschaftsinteressen bei der G7-Präsidentschaft

Gerade in Zeiten globaler Herausforderungen ist die Stärkung des multilateralen Handelssystems wichtig und war daher ein Kernthema der deutschen G7-Präsidentschaft. Business7 (B7), der offizielle Wirtschaftsdialog der G7, gab dazu wichtige Impulse. Gemeinsam mit BDI und BDA hat

der DIHK die deutsche Wirtschaft im B7-Prozess vertreten und dazu im Mai ein handelspolitisches Event organisiert. Bei der Veranstaltung wurden die handelspolitischen Empfehlungen der B7 mit Vertretern der deutschen Regierung, internationaler Organisationen und der Wirtschaft diskutiert – insbesondere die Themen regelbasierter Handel, Allianzen und Klima. Beim hochrangigen Gipfeltreffen der B7 im Juni sprach DIHK-Präsident Peter Adrian mit Wirtschaftsvertretern der G7-Staaten über den Abbau von Handelshemmnissen und die Vorteile eines Klimaclubs.



Mai 2022: Gemeinsame Veranstaltung der GIZ und des DIHK im Haus der deutschen Wirtschaft, v.l.n.r.: Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Tanja Gönner, Vorstandssprecherin GIZ, Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer

Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit in Zeiten der Krise

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben der DIHK und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) auf einer Veranstaltung im DIHK

über die Auswirkungen auf anderen Weltregionen diskutiert. Dabei haben unter anderen DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, die damalige Vorstandssprecherin der GIZ, Tanja Gönner, und BMZ- Staatssekretär Jochen Flasbarth vor rund 200 Teilnehmern erörtert, wie Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam diese neuen

Herausforderungen angehen können. Zur Bewältigung der zukünftigen Verwerfungen in der Ukraine und ihren Nachbarstaaten, aber auch in Afrika sollten insbesondere die AHKs und die Vertretungen der GIZ in den Ländern eingebunden werden. Darin waren sich alle Beteiligten einig.

Besuch aus Mexiko: Start der Delegationsreise des Projekts „Berufsbildungspartnerschaft Mexiko“ im Haus der Deutschen Wirtschaft mit Annika Göbel vom DIHK (5.v.r.)

Berufsbildungspartnerschaft (BBP) Mexiko stärkt duale Ausbildung weiter

Nachdem der Projektstart 2021 pandemiebedingt vor allem digital stattgefunden hatte, wurde die Arbeit im Rahmen des Projekts „Berufsbildungspartnerschaft Mexiko“ 2022 weitergeführt – nicht zuletzt mit einer Delegationsreise der drei mexikanischen Partnerverbände der verfassten Privatwirtschaft nach Deutschland. Nach der Begrüßung im DIHK erlebten die Teilnehmer die duale Berufsausbildung in Deutschland aus den unterschiedlichsten Perspektiven: Termine bei weiteren Verbänden und IHKs sowie nationalen Instituten standen an, die mit Besuchen in Zentren für Verbundausbildung und KMUs sowie bei großen Industrieunternehmen und deren Ausbildungszentren abgerundet wurden.

Mehr als nur grüner Wasserstoff

Wie können Unternehmen aus Deutschland und Afrika gemeinsam zu einer nachhaltigen Energiewende beitragen? Gemeinsam mit Chambers for Greentech organisierte das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) am 18. Februar die mit rund 200 Teilnehmern bestens besuchte digitale Dialogveranstaltung „Grüner Wasserstoff in und aus Afrika“. Auf den Messen Intersolar (11.–13.5.) und IFAT (30.5.–3.6.) beriet das Team afrikainteressierte Unternehmen. Und am 5. Oktober richtete INA mit der IHK Schleswig-Holstein, der WT.SH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH ein „Regionalforum Afrika: Erneuerbare Energien“ in Husum aus.



Inspiration für Partnerschaften im Gesundheitssektor

Mit den IHKs Ulm, Reutlingen und Ostwürttemberg realisierte INA am 11. Mai das virtuelle „IHK-Regionalforum Afrika: Gesundheitswirtschaft“, bei dem u.a. die AHKs Algerien und südliches Afrika konkrete Geschäftschancen präsentierten. Ein Besuch der Messe Medica bot die Gelegenheit zum Austausch mit Branchenvertretern. Am 24. November organisierten der DIHK und INA eine „Roundtable-Diskussion mit den Gewinnern des Deutschen Afrika-Preises 2022“ – den afrikanischen Virologen und Entdeckern der Omikron-Variante Sikhulile Moyo und Prof. Tulio de Oliveira – für ausgewählte Vertreter der deutschen Wirtschaft.

„Kammer- und Verbandspartnerschaft (KVP) Westbalkan geht in die zweite Phase

Die seit 2019 laufende Kammer- und Verbandspartnerschaft (KVP) Westbalkan wurde im Oktober um drei weitere Jahre verlängert. Die sechs Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) sind seit vielen Jahren (potenzielle) EU-Beitrittskandidaten und bleiben einer der Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik. Gemeinsam mit den nationalen Handelskammern der sechs Länder und den AHKs vor Ort leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes der Region. Der Projektfokus in der neuen Phase wird verstärkt darauf liegen, die Unternehmen im Westbalkan fit für den Europäischen Green Deal zu machen.

Oktober 2022: 5. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin, Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz (l.), und Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef





EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni (l.) und Peter Adrian im Haus der Deutschen Wirtschaft im März 2022

Neue Gesichter in der IHK-Organisation in Brüssel

Neue Themen für die deutsche Wirtschaft gibt es in Brüssel ständig; seit 2022 auch neue Vertreter beim europäischen Kammerdachverband, die sich zu diesen Themen einbringen: Anfang des Jahres übernahm der Präsident der luxemburgischen Handelskammer Luc Frieden das Amt des Eurochambres-Präsidenten. Als ehemaliger Finanzminister bringt Frieden seine langjährige europapolitische Erfahrung in die Arbeit für die europäischen Industrie- und Handelskammern ein und setzte im ersten Jahr die Schwerpunkte Green Deal, Handelspolitik und Wettbewerbsfähigkeit. Ende 2022 gab es dann auch einen Wechsel beim deutschen Vizepräsidenten für Eurochambres: Wolfgang Grenke, Präsident der IHK Karlsruhe, übergab nach fünf verdienstreichen Jahren sein Mandat an Sibylle Thierer, Vizepräsidentin der IHK Nordschwarzwald.



Staffelstabsübergabe: Eurochambres Präsident Luc Frieden (l.) und Vizepräsident Wolfgang Grenke (r.) heißen Sibylle Thierer, Vizepräsidentin der IHK Nordschwarzwald, willkommen, die das Mandat von Wolfgang Grenke übernimmt



Austausch zur Lage der deutschen Unternehmen nach der russischen Invasion in der Ukraine, v.l.n.r: DIHK-Präsident Peter Adrian, Volker Treier und Freya Lemcke vom DIHK, Julia Lemke und Jörg Wojahn von der EU-Kommission sowie EU-Kommissar Paolo Gentiloni

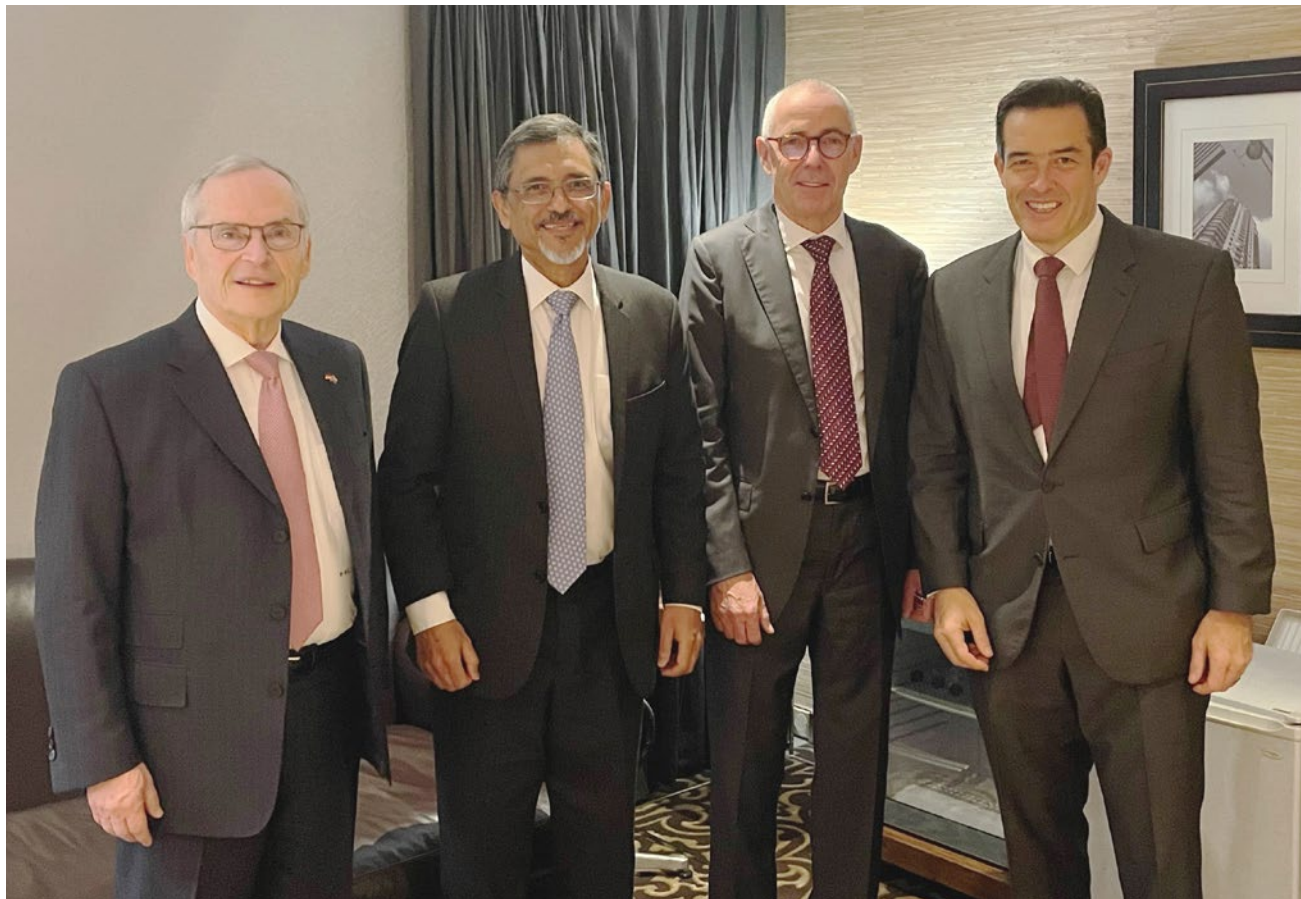


DIHK-Bereichsleiterin Freya Lemcke moderiert den Austausch mit den Europaabgeordneten René Repasi, Markus Ferber, Nicola Beer und Reinhold Bütikofer zum EU-Lieferkettengesetz

4. German-African Business Summit in Johannesburg, Südafrika

Mit großer Unterstützung der AHK für das Südliche Afrika organisierte die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) vom 6. bis 8. Dezember 2022 den 4. German-African Business Summit in Südafrika. Insgesamt über 600 Teilnehmer aus Deutschland und rund 25 afrikanischen Ländern diskutierten Chancen für den Ausbau

der deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Fokus standen dabei die Themen Energie und Rohstoffe, aber auch die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten rund um die Etablierung einer pan-afrikanischen Freihandelszone. Zu den Gästen der bisher größten deutsch-afrikanischen Wirtschaftskonferenz gehörten Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, acht afrikanische Minister sowie DIHK-Präsident Peter Adrian und der SAFRI-Vorsitzende Prof. Heinz-Walter Große.



V.l.n.r.: Prof. Heinz-Walter Große, SAFRI-Vorsitzender, Ebrahim Patel, South African Minister of Trade, Industry and Competition, DIHK-Präsident Peter Adrian, Volker Treier, Außenwirtschaftschef und Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung



German-African Business Summit: Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsch-Bulgarisches Wirtschaftsforum mit Staatspräsident Rumen Radev

Anlässlich des Besuches des bulgarischen Staatspräsidenten Rumen Radev organisierten der DIHK, die AHK Bulgarien und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mit Unterstützung des Deutsch-Bulgarischen Forums am 16. Mai 2022 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin das Deutsch-Bulgarische Wirtschaftsforum. In einer offenen Diskussionsrunde beantwortete der Präsident die Fragen der Teilnehmer zur wirtschaftspolitischen Lage in Bulgarien sowie zu den deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen und Perspektiven. Ein Fokusthema war der angespannte Energiemarkt in beiden Ländern aufgrund des Angriffskrieges Russlands in der Ukraine.



Mitko Vassilev, AHK Bulgarien



V.I.n.r.: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef, Peter Adrian, DIHK-Präsident, S.E. Rumen Radev, Staatspräsident Bulgarien

Event mit norwegischem Premierminister Jonas Gahr Støre

Anlässlich des Besuchs von Premierminister Jonas Gahr Støre zu Jahresbeginn in Berlin hat die AHK Norwegen mit der norwegischen Botschaft in Berlin eine hybride Paneldiskussion im DIHK mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern von Regierung und Wirtschaft aus beiden Ländern durchgeführt. Im Fokus des Events, das von DIHK-Präsident Peter Adrian eröffnet wurde, standen die Themen Energie und Klima – insbesondere Kooperationen bei der Entwicklung der CO₂-Speicherung und der Wasserstofftechnologie. Die beiden damals noch recht neuen Regierungen konnten den Startschuss für eine Vertiefung der bilateralen Energiepartnerschaft geben. Nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine hat sich das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer engen Kooperation nochmal bedeutend erhöht.



Zu Gast in Berlin: SE Norwegischer Premierminister Jonas Gahr Støre (l.) mit DIHK-Präsident Peter Adrian



8. Deutsch-Französischer Wirtschaftstag in Berlin

DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben eröffnete am 8. November 2022 den dritten Deutsch-Französischen Wirtschaftstag in Berlin. Bei der hybriden Veranstaltung der AHK Frankreich stand die deutsch-französische Wirtschaftskooperation in der aktuellen Energiekrise im Fokus. In den Keynotes und Diskussionsrunden gaben u.a. die

Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner, der neue französische Botschafter in Deutschland François Delattre sowie EDF-Chef Jean-Bernard Lévy wichtige Impulse zur Diskussion über die aktuellen Herausforderungen für die Weiterentwicklung des Energiemarktes. Roland Lescure, französischer Staatssekretär für Industrie, betonte in einer Videobotschaft die Bedeutung der bilateralen Kooperation angesichts der derzeitigen energiepolitischen Spannungen.

70-jähriges Jubiläum der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ägypten)

Die Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer (AHK Ägypten) feierte am 15. September 2022 ihr 70-jähriges Jubiläum mit einem Galaabend in Kairo. Das Festprogramm wurde u.a. mit Grußworten von AHK-Präsident Emad Ghaly, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben und dem deutschen Botschafter Frank Hartmann eröffnet. Als Vertreter der ägyptischen Regierung war der ägyptische Finanzminister, Mohamed Maaït, als Ehrengast anwesend.

Die Deutsch-Arabishe Industrie- und Handelskammer wurde 1951 in Kairo als erste Auslandshandelskammer in der arabischen Welt und auf dem afrikanischen Kontinent gegründet. Mit mehr als 2.500 Mitgliedsunternehmen ist sie heute die größte bilaterale Wirtschaftsorganisation im Rahmen der deutsch-arabischen Beziehungen.

Klimaschutzatlas vorgestellt

Im April und Mai 2022 befragten die Auslandshandelskammern (AHKs) unter Koordination des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ihre Mitgliedsunternehmen, welche Relevanz die Klimaschutzpolitik in ihren Gastländern einnimmt.

Die Antworten stammen aus insgesamt 56 Ländern. Sie zeigen u.a., dass der Klimaschutz in der öffentlichen Diskussion der meisten Staaten weltweit eine herausragende Rolle spielt. Die Befragung bildet den Beitrag des DIHK und der AHKs zu dem gemeinsam mit Germany Trade and Invest (GTAI) erstellten Klimaschutzatlas.

Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses

Die 3. Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses fand am 24./25. Mai 2022 in Mannheim statt. Zur Vorabendveranstaltung lud die BASF AG im Vorfeld zu einer Werksführung ein. Schwerpunkt der Sitzung unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Peter Kulitz waren die



V.l.n.r.: Guy Maugis, Präsident der AHK Frankreich, Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner, BMWK, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben



70 Jahre AHK Ägypten, v.l.n.r.: Elisabeth Strahl, DIHK, Engineer Hani Azer, Jan Nöther, AHK Ägypten, Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer, Mohamed Maaït, ägyptischer Finanzminister, Frank Hartmann, deutscher Botschafter in Ägypten, Karin El-Shafei, AHK Operational Head

Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die deutsche Wirtschaft. Hierzu nahm auch Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, als Gast der Sitzung ausführlich Stellung.

Anschließend berichteten Matthias Schepp, Vorstandsvorsitzender AHK Russland, und Alexander Markus, Geschäftsführer AHK Ukraine, über die Folgen des Krieges für die Unternehmen vor Ort.

17. Asien-Pazifik Konferenz der Deutschen Wirtschaft

Rund 700 Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik kamen am 13. und 14. November 2022 in Singapur zur 17. Asien-Pazifik Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) zusammen. Die APK fand unter dem gemeinsamen Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und des Vorsitzenden des Asien-Pazifik Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA) Roland Busch statt – lokaler Gastgeber war die AHK Singapur. DIHK-Präsident Peter Adrian begrüßte die Teilnehmer im Namen des AHK-Netzwerkes. Erstmals nahm mit Olaf Scholz ein deutscher Bundeskanzler an dieser bedeutendsten Konferenz der deutschen Wirtschaft in der Asien-Pazifik-Region teil. Dass die APK sogar im aktuellen Koalitionsvertrag genannt ist, unterstreicht die Bedeutung, welche der Region und dem dortigen Engagement der deutschen Unternehmen mit Blick auf die Diversifizierung der Lieferketten beigemessen wird.

60 Jahre AHK Japan

Die erste Asienreise von Bundeskanzler Olaf Scholz führte ihn im April 2022 nach Japan. DIHK-Präsident Peter Adrian begleitete den Bundeskanzler mit weiteren Wirtschaftsvertretern nach Tokio. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der AHK Japan richtete die AHK gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium den deutsch-japanischen Wirtschaftsdialog mit rund 200 Gästen aus. Die Eröffnungsrede hielt DIHK-Präsident Peter Adrian. Bundeskanzler Olaf Scholz betonte anschließend, dass Deglobalisierung keine Option sei, „erst recht nicht für offene, freie Handelsnationen wie Deutschland und Japan“. Bei dem Besuch wurde zudem die Aufnahme der deutsch-japanischen Regierungskonsultationen der beiden G7-Staaten beschlossen, ein Format, das Japan bis dato mit keinem anderen Land weltweit unterhält und 2023 erstmals umgesetzt werden soll.



Singapur: DIHK-Präsident Peter Adrian mit Geschäftsführern und Delegierten des AHK-Netzwerkes gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bildmitte) und DIHK-Mitarbeitern



60 Jahre AHK Japan, v.l.n.r.: Klaus Meder, Präsident der AHK Japan, Toshiaki Higashihara, Vice-Chair, Keidanren, Olaf Scholz, Bundeskanzler, Peter Adrian, DIHK-Präsident, Marcus Schürmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK Japan

Umsetzung der europäischen Verbandsklagerichtlinie in deutsches Recht

Vorschlag der deutschen Wirtschaft in der rechtspolitischen Diskussion

EINE GEMEINSAM INITIATIVE

.B.R.H.
Bundesverband
Rechtsanwälte

bdew
Bundesverband
Deutscher
Einkaufszentren

BDI
Bundesverband
Deutscher
Industrieller

Handwerk
verband

SYG
Syndikat
Gesamter
Gewerkschaften

DIHK
Deutscher
Industrie- und
Handelskammern

Einigungsstelle
Deutscher Sparkassen
und Giroverbände

GDV
Gesamter
Deutscher
Versicherer

IFT
Institut für
Technische
Forschung

M
Kartellverband

vdp
Die Deutsche
Pflanzengesellschaft

VÖB
Verband der
Österreichischen
Bauunternehmer

Verband der
Wirtschaftlichen
Verbände

ZAW
Zentraler
Arbeitsrat
der Arbeiter

Virtuell gestreamte Diskussionsrunde u.a. mit Berichterstattern der Bundestagsfraktionen zum Kollektiven Rechtsschutz im April 2022, v.l.n.r.:
Prof. Alexander Bruns, Universität Freiburg, Sonja Eichwede, MdB, Moderator Hendrik Wieduwilt, Katrin Helling-Plahr, MdB, Martin Plum, MdB

Recht

Die Sammelklage kommt: Kollektive Durchsetzung von Verbraucherrechten

Der kollektive Rechtsschutz und seine vielfältigen Gefahren bleiben ein Dauerbrenner. Die EU-Richtlinie zur Einführung einer Sammelklage hätte bis Dezember 2022 umgesetzt werden müssen. Kaum ein Mitgliedstaat hat das fristgemäß erledigt, auch Deutschland nicht. Schon lange liegt ein inoffizieller, kompromissorientierter Entwurf des Bundesministeriums für Justiz vor, der aber von Teilen der Koalition abgelehnt wird.

Der DIHK hatte bereits im April 2022 gemeinsam mit 13 Wirtschaftsverbänden auf Basis eines umfangreichen Rechtsgutachtens eine Diskussionsveranstaltung mit Rechtspolitikern der Bundestagsfraktionen durchgeführt. Eindringlich wurde betont, wie wichtig Verfahrensfairness und Verhinderung von Rechtsmissbrauch für die deutsche Wirtschaft seien. Auch wenn die öffentliche Debatte diesen Eindruck vermitteln sollte: Verfahren dürften nicht unter der Prämisse ausgestaltet werden, dass beklagte Unternehmen von vorneherein als Rechtsverletzer diskreditiert würden.

Faire Verfahren gehören zu den Grundfesten des Rechtsstaats und nur so ist auch im Fall von Rechtsverstößen eine gesetzeskonforme Abhilfe im Interesse der Geschädigten möglich. Wichtig ist beispielsweise der Zeitpunkt, bis zu dem Verbraucher entscheiden müssen, ob sie sich an einer Sammelklage beteiligen. Dieser Zeitpunkt muss vor dem ersten Gerichtsverhandlungstermin liegen, damit gewährleistet ist, dass alle Beteiligten wissen, worüber verhandelt wird.

Grußwort von DIHK-Bereichsleiter Prof. Stephan Wernicke an die Teilnehmer der Data-Act Konferenz in Berlin im September 2022



Der „Data Act“: Was kommt auf die Wirtschaft zu?

Der Data Act ist Teil einer europäischen Datenstrategie und soll zu einem gemeinsamen rechtlichen Rahmen für das Nutzen und Teilen von Daten führen. Entlang der Wertschöpfungskette sollen Daten besser genutzt bzw. ihre Nutzung erst ermöglicht werden – ein richtiges Ziel, denn so kann Innovation gefördert werden. Die geplante Verordnung betrifft sehr viele Unternehmen, die hiervon noch nichts wissen. Der DIHK hat daher im September gemeinsam mit dem Berufsverband der Datenschutzbeauftragten und der Stiftung Datenschutz eine Informationsveranstaltung zum Thema „Data Act: Was kommt auf die Wirtschaft zu?“ veranstaltet. Experten aus der EU-Kommission, Verbänden und Vertreter aus der Wirtschaft diskutierten über die Herausforderungen – auch und gerade in Bezug auf den Datenschutz.

Das eindeutige Ergebnis: Der Data Act weist noch so zahlreiche Unklarheiten und Rechtsunsicherheiten auf, dass ohne Änderungen die gesetzten Ziele nicht erreicht werden. Es droht eine langjährige Unsicherheit ähnlich wie bei Einführung der DSGVO.

Das klimapolitische Ende der Investitions-schiedsgerichtsbarkeit?

Die drängenden Herausforderungen des Klimaschutzes führen zu Versuchungen in der Justiz, einen eigenen Beitrag zu leisten. Strategische Klagen erlauben Gerichten, die Erreichung der Klimaziele mitzugestalten. Gleichzeitig werden international bewährte Instrumente der außergerichtlichen Konfliktlösung bei Investitionen unter Verdacht gestellt: Investitionsschutz – d. h. im Kern die rechtliche Verlässlichkeit

von Zusagen von Staaten im Gegenzug für Investitionen – verhindere, so heißt es, neue klimapolitische Prioritäten. Hingegen bestätigt die internationale Entwicklung in Freihandels- sowie Investitionsverträgen die fortbestehende Notwendigkeit von vertrauenswürdigen Schiedseinrichtungen und fairen Regeln für Direktinvestitionen, gerade angesichts wachsender staatlicher Eingriffe. Das hat sich auch deutlich in den Interventionen der Botschafter auf der 7. Zentralamerika-Konferenz der Lateinamerika-Initiative (LAI) mit dem DIHK im Juni in Bremen gezeigt. Daher hat der DIHK für zeitgemäße Klarstellungen im Energy Charter Treaty (ECT) geworben – auch und gerade im Interesse der auch weiterhin notwendigen Förderung alternativer Energien.

DIHK skizziert Leitlinien für internationale Unternehmensbesteuerung

Der Vorstand des DIHK hat im November 2022 ein Positionspapier zum internationalen Steuerrecht beschlossen, das die Leitlinien der IHK-Organisation für unternehmensfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen darlegt. Die internationale Arbeitsteilung bedarf international abgestimmter Steuerregeln, mit denen grenzüberschreitende Aktivitäten unterstützt – und nicht behindert – werden. Der DIHK spricht sich daher für einen kohärenten multilateralen Ansatz aus, damit Unternehmen ohne das Risiko von Doppelbesteuerungen und übermäßigen Befolgungskosten im globalen Wettbewerb ressourceneffektiv agieren können. Der DIHK hat sich in mehreren Stellungnahmen gegenüber der OECD und der EU-Kommission in den Reform- und Gesetzgebungsprozess eingebracht und sich insbesondere für einfachere Regelungen eingesetzt. Der DIHK hat zudem in mehreren Veranstaltungen Unternehmen die Gelegenheit geboten, sich direkt mit Entscheidern aus dem Bundesfinanzministerium und der EU-Kommission auszutauschen.

Links: DIHK-Bereichsleiter Dirk Binding spricht mit Frederick Richter, Vorstand der Stiftung Datenschutz, über die Auswirkungen des geplanten Data Act auf die Unternehmen





Juni 2022: 7. Zentralamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft in der Handelskammer Bremen zu Investitionsbedingungen in Lateinamerika, v.l.nr.: Staatsrat Kai Stührenberg, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Ingo Kramer, Vorsitzender der LAI, Lydia Peralta Cordero, Botschafterin der Republik Costa Rica, Eduard Dubbers-Albrecht, Präses der Handelskammer Bremen, Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen

Unternehmensnetzwerk
KLIMASCHUTZ
Eine IHK-Plattform

YOUNG
ENERGY
EUROPE



Teilnehmende Unternehmen

APTIV • COLLINS Aerospace • LFG LASER • Melttec • aluplast® • ARMATUREN • www.ari-armaturen.com • Kreuzträger • Kältetechnik

BLANC & FISCHER • Familienholding • HONSEL • SEMCO • Villeroy & Boch • SKS GERMANY • THIELE® • STADTWERKE SCHWARZENBERG

AUSBILDUNGSKADEMIE • 90+ Jahren gewachsen aus • MSG • SHWIRE Magnet Wires • Biotest From Nature for Life • SEELAND • bewegt. • MPG partners in metals • NEW • SIEMENS

voestalpine ONE STEP AHEAD • Lärmkontor GmbH • OSI • PCK • PETER GREVEN Your partner for clean technology • stadler • schaafe • schattdecor • Felix Schoeller Group Best Performing Papers. Worldwide. • VERSEIDAG • SWN Meine Stadt. Meine Energie. • ZE

Unternehmensnetzwerk
KLIMASCHUTZ
Eine IHK-Plattform

YOUNG
ENERGY
EUROPE

**CLIMATE
CHAMPIONS**

#klimabewus
www.undernehmensnetzwerk-klimaschutz.de

Auszeichnung der besten Energie-Scouts 2022, Unternehmensnetzwerk Klimaschutz mit Sofie Geisel, DIHK

Energie, Umwelt, Klima

Die deutsche Energie-, Klima- und Umweltpolitik stand 2022 unter dem Eindruck der Energiekrise. Neben den Sofortmaßnahmen standen der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf der Berliner Agenda. In Brüssel arbeitete die EU weiter an ihrem Großprojekt, dem Green Deal.

Die Umsetzung des Green Deals lässt noch viele Fragen offen

Mit dem Green Deal wurden auf europäischer Ebene im Jahr 2022 Energieeinspar- sowie Erzeugungsausbauziele weiter verschärft. Viele der legislativen Vorschläge aus dem „Fit for 55“- Gesetzgebungspaket befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium der politischen Einigung. Nichtsdestoweniger blieben Fragen in Hinblick auf den strukturellen Wandel der Wirtschaft ungeklärt. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Umsetzung eines CO₂-Grenzausgleichsystems oder der Definition von „grünem“ Wasserstoff. Der DIHK hat mit zahlreichen Stellungnahmen die Interessen der gewerblichen Wirtschaft in den politischen Prozess eingebracht und für eine maßvolle Umsetzung der Ziele geworben sowie vor tiefgreifenden Eingriffen in den Binnenmarkt gewarnt. Des Weiteren wurden Informationsangebote zusammen mit den IHKs, zum Beispiel Webinare, fortgeführt, um möglichst viele Betriebe für die einschneidenden Weichenstellungen zu sensibilisieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Energieeffizienz wird nun zur Unternehmenspflicht

Energieeffizienz gehört schon lange zum selbstverständlichen Bestandteil betrieblicher Abläufe und Entscheidungen. Energie(preis)krise, Kundenanforderungen, Finanzierungs-

fragen oder Wettbewerbssituation liefern dafür mehr als genügend Gründe. Dennoch hat sich der Gesetzgeber nun entschlossen, den Pfad der Freiwilligkeit zu verlassen. Mit Erfolg hat sich der DIHK noch für handhabbare Regelungen im Rahmen der Verordnung zu kurzfristigen Energieeinsparmaßnahmen eingesetzt. Spätestens aber bei der Mittelfrist-Verordnung spielten praktische Fragestellungen, betriebliche Entscheidungsspielräume oder individuelle Risikoabwägungen keine Rolle mehr. Energieeffizienzmaßnahmen müssen nun verpflichtend umgesetzt werden, wenn sie der Gesetzgeber für wirtschaftlich hält! Partnerschaftlich initiierten und überaus erfolgreichen, freiwilligen Ansätzen, wie beispielsweise der Initiative der Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerke, wird damit der Wind aus den Segeln genommen. Denn der eingeschlagene Weg zur Umsetzungspflicht soll auch im neu geschaffenen Energieeffizienzgesetz fortgeführt werden.

Energiewendebarmometer zeigt die Gefährdung des Standorts

Immer mehr Betriebe geben wegen der stark gestiegenen Energiepreise ihre Produktion in Deutschland auf oder haben ihren Geschäftsbetrieb eingeschränkt. Das geht aus dem jährlichen Energiewendebarmometer, der DIHK-Befragung unter bundesweit rund 3.500 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen hervor. Die Befragung fand Ende Juni 2022 statt. Bereits zu diesem Zeitpunkt sahen sich insgesamt 16 Prozent der Industriebetriebe gezwungen, auf die aktuelle Energielage mit einem Zurückfahren der Produktion oder einer zumindest teilweisen Aufgabe von Geschäftsbereichen zu reagieren. Knapp ein Viertel davon hatte das nach eigenen Angaben bereits realisiert, ein weiteres Viertel ist gerade dabei. Etwa die Hälfte dieser Unternehmen gab an, entsprechende Schritte noch zu planen. Seitdem sind die Energiepreise weiter gestiegen. Das

Energiewendebarmometer zeigte auch, dass die Unternehmen bereits im Juni 2022 ihre Einsparmöglichkeiten beim Gasverbrauch unter dem Druck der extrem hohen Preise weitgehend ausgeschöpft hatten.

Der Markthochlauf von Wasserstoff stößt noch auf viele Hindernisse

Im Jahr 2022 wurde auf europäischer Ebene mit dem delegierten Rechtsakt ein erster Vorschlag für die Definition von grünem Wasserstoff unterbreitet. Auch aufgrund der DIHK-Kritik an den strengen Kriterien für die Wasserstoff-Herstellung soll eine neue Definition erarbeitet werden. Der Markthochlauf von Wasserstoff stößt auf zahlreiche weitere Hindernisse (Import-/Transport-Infrastruktur, nötige Skalierung der Technologie, Fachkräftemangel usw.). Während des Politikseminars „Wasserstoff: Liefert der Hoffnungsträger?“, das der DIHK in Zusammenarbeit mit dem ISWA-Institut veranstaltete, hatten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Möglichkeit, sich über diese Herausforderungen auszutauschen. Ergebnis dieses zweitägigen Seminars war ein Fünf-Thesen-Papier, das die erforderlichen Schritte hervorhebt, die erforderlich sind, bis Wasserstoff eine Ersatzmöglichkeit für fossile Brennstoffen darstellen kann.

Mehr Tempo in der Planung

Genehmigungsfreier Fuel-Switch, LNG-Terminals ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und Windenergieanlagen im öffentlichen Interesse: Der DIHK hat sich in vielen Gesetzgebungsverfahren erfolgreich für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren eingesetzt. In mehreren Veranstaltungen wurden gute Lösungen für schnellere Verfahren anhand von Praxisbeispielen diskutiert.

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz beginnt Projektarbeit

Im Mai wurde das neue „Unternehmensnetzwerk Klimaschutz“ der IHK-Organisation mit 450 Gründungsmitgliedern in einer Auftaktveranstaltung mit DIHK-Präsident Peter Adrian und Staatssekretär Oliver Krischer offiziell ins Leben gerufen. Das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz (UNK) vernetzt klimabewusste Unternehmen, bietet Orientierung und unterstützt mit vielfältigen Angeboten bei der Umsetzung des betrieblichen Klimaschutzes. Bereits im Juni fand die erste Jahresveranstaltung gemeinsam mit „Young Energy Europe“ statt, bei der die bundes- und europaweit besten Energie-Scout-Projekte geehrt wurden. Seit 2014 haben die IHKs 10.000 Auszubildende in Energie- und Ressourcenschutz geschult. Die Energie-Scouts leisten mit ihren Praxisprojekten einen wichtigen Beitrag zu Energieeinsparungen in ihren Betrieben.



Oben: Gründung des „Unternehmensnetzwerk Klimaschutz“

Abschied von Hermann Hühwels

Die gemeinsame Ausschusssitzung im März stand im Zeichen des Abschieds von Hermann Hühwels, dem langjährigen Leiter des DIHK-Bereichs Energie/Umwelt/Industrie. Hauptredner war Staatssekretär Michael Kellner aus dem Wirtschafts- und Klimaschutzministerium. Er und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks dankten Herrn Hühwels für seinen langjährigen engagierten Einsatz in der Umwelt- und Energiepolitik.

Rechts: Christoph Günther, Vorsitzender des DIHK-Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ausschuss-Sitzung im März 2022



Rechte Seite: Staatssekretär Michael Kellner, Hermann Hühwels, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks (v.l.n.r.)





UNK-Climate-Champions-Energy-Scouts

Young Energy Europe – 210 europäische Energy Scouts reduzieren Energieverbräuche in ihren Unternehmen

Im Rahmen des Projekts Young Energy Europe qualifizierten sich 210 junge Fachkräfte zu Energy Scouts. Die AHKs in Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Polen, Serbien, Slowakei, Tschechien und Ungarn boten dazu jeweils rund fünf-tägige Workshops und nationale Wettbewerbe der besten Ideen an. Energy Scouts lernen, Energie-Einsparungspotenziale im Unternehmen zu erkennen, und entwickeln maßgeschneiderte Projekte zur Senkung von

Energie- und Ressourcenverbräuchen für ihre Betriebe. Über 90 Praxisprojekte, zum Beispiel Umrüstung auf LED-Beleuchtung und industrielle Photovoltaikanlagen, wurden so in 84 Unternehmen lanciert.

Unten: Vier Siegerteams bei der feierlichen Ehrung der besten Energy Scouts im Dezember 2022 in Warschau, Polen. V.l.n.r.: vier Energy Scouts von A. Berger Polska, Lars Gutheil, Direktor der AHK Polen, Hannah Löchte, Siegerin Barbara Gralak-Podemska von TIP-TOPOL, Energy Scouts von T-Mobile Polska und Imperial Tobacco Polska, Róża Jarmuż, Joanna Wierzbicka-Grajek von der AHK Polen, Markus Baltzer, Präsident der AHK Polen und Vorstandsvorsitzender der Bayer Sp. z o.o.

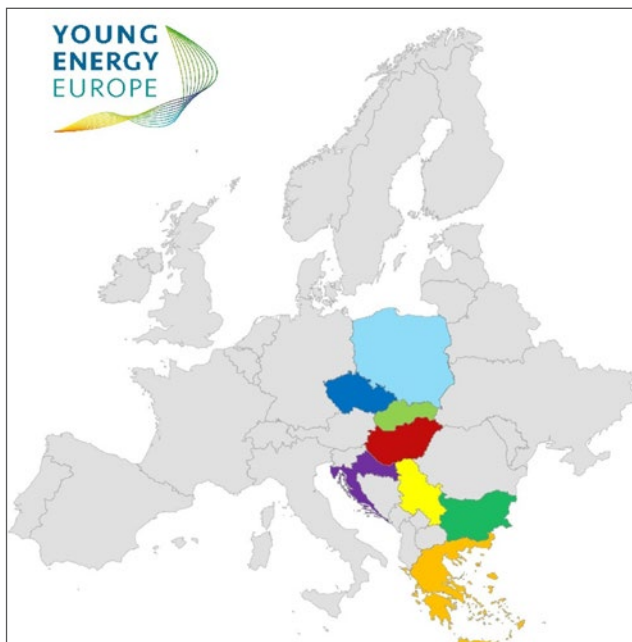




Oben: Die slowakischen Energy Scouts Zuzana Nagyová und Martin Girgoško holten analysierten die Energieverbräuche beim Spritzgießmaschinenhersteller KraussMaffei in Sucany. Sie suchen nach Einsparpotenzial im Bereich Druckluft und dokumentieren Mikroleckagen

Rechts: Das generationsübergreifende Energy Scout-Team (Ljubiša Kordic, Andriana Petrovic, Miodrag Nagulj und Dozent Zoran Jovanovic) realisierte eine Reihe von Maßnahmen, um die Kompressor-Anlage bei ZF Serbia effizienter zu betreiben. Die Optimierung spart 30.000 € Stromkosten pro Jahr und amortisiert sich nach nur einem Monat





Seit 2018 qualifizierten die beteiligten AHKs 850 Energy Scouts für ihre Unternehmen. Young Energy Europe wird gefördert von der Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI), einem Förderinstrument des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Marktoffensive Erneuerbare Energien

Innerhalb des Jahres 2022 rückte der Ausbau von erneuerbarer Energie und damit das Anliegen der Marktoffensive Erneuerbare Energien stark in den Fokus. Angestrebt wird eine Stärkung des nachfragegetriebenen Zubaus von erneuerbaren Energie-Anlagen und damit eine Beschleunigung des Ausbaus durch Investitionsanreize. Der Wegfall der EEG-Umlage sowie ein Ausschluss von CfDs aus dem „Osterpaket“ des BMWK waren dabei wichtige Erfolge der Marktoffensive. Im Hinblick auf das künftige Strommarktdesign bleibt es wichtig die nötigen Akzente zu setzen. Dabei stand 2022 die Ausnahme bei der Gewinnabschöpfung für langfristige Direktstromlieferverträge, sogenannte Power Purchase Agreements (PPAs) im Vordergrund.



Brennpunkt Biodiversität

Zusammen mit den Verbundpartnern Global Nature Fund, Bodensee-Stiftung, Biodiversity in good Company und Centre on Sustainable Consumption and Production

startete die DIHK Service GmbH 2022 das Projekt Unternehmen Biologische Vielfalt, um Unternehmen bei den Herausforderungen einer drohenden Biodiversitätskrise über die nächsten drei Jahre mit Coachings und weiteren Aktivitäten zu unterstützen.

Chambers for GreenTech: Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg

Deutschland ist Vorreiter bei der Entwicklung grüner Umwelttechnologien und dadurch ein wichtiger Hebel für mehr Umweltschutz weltweit. Durch die Zeitenwende erhielt die Debatte über eine klimafreundlichere Zukunft eine neue Dynamik und erhöhte Dringlichkeit. Jedoch ist Umweltschutz eine globale Gemeinschaftsaufgabe und kann nur mit internationaler Zusammenarbeit gelingen. Hier setzt Chambers for GreenTech (Projekt der DIHK Service GmbH) an: Im Jahr 2022 wurden gemeinsam mit den deutschen Auslands-handelskammern 17 Projekte in 21 Ländern umgesetzt. Die Projekte sind vielseitig, folgen aber stets einer gemeinsamen Zielsetzung: Von der Beratung chilenischer Kommunen, einer Plattform zum Handel von sekundären Rohstoffen in Nigeria bis hin zur „Water Week“ in Sri Lanka – die Projekte bringen ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zusammen.

Delegation der Deutsch-Baltischen Handelskammer besucht die Stadtwerke Rosenheim mit ihrem Müllheizkraftwerk im August 2022, v.l.n.r.: Mikelis Osis, Projektmanager Deutsch-Baltische Handelskammer, Aleksandr Taraskin, Leading specialist bei Estonian Environment Agency, Marika Lillemets, Umweltministerium Estland, Heiko Bollwig, Referent im BMUV, Ricards Aksels Ozoliņš, Director of External Communications bei SIA Getlini EKO, Laurynas Virbickas, Director bei Kaunas Region Waste Management Centre, Guna Berzina, Executive Director bei EKO Rija, Prof. Saulius Vasarevicius, Vilnius Gediminas Technical University, Patrizia Condemi, Projekt-referentin bei Chambers for GreenTech, DIHK Service GmbH, Gints Kukainis, Chief of the board bei ZAAO, Philipp Mend, Projektleiter Stadtwerke Rosenheim GmbH & Co. KG, Eriks Timpars, Member of the board bei CleanR Grupa





Links: Chambers for GreenTech bei der WACEE'22, West African Clean Energy and Environment Trade fair & Conference 2022, in Lagos, Nigeria, Oktober 2022, v.l.n.r.: Angel Benson, Projektkoordinatorin bei „Empowering Africans through Education Initiative“, Andrew Ayree, Leiter Kompetenzzentrum Energie und Umwelt bei der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nigeria, Patrizia Condemi, Projektreferentin bei Chambers for GreenTech, DIHK Service GmbH



Oben: Podiumsdiskussion bei der Sitzung der deutsch-kasachischen Arbeitsgruppe in Astana zur Abfall- und Kreislaufwirtschaft in Kasachstan, Oktober 2022, v.l.n.r.: Maria Peukert, Projektreferentin bei Chambers for GreenTech, DIHK Service GmbH, Zulfiya Suleimenova, Vize-Ministerin, Ministerium für Ökologie, Geologie und natürliche Ressourcen der Republik Kasachstan, Hovsep Voskanyan, Delegierter der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien, Kairat Ismail, Akim der Stadt Taras

Mit kreativen Ansätzen dem Klimawandel begegnen

Mit einem virtuellen Mittagspausenformat sprach die DIHK Service GmbH 2022 über 1.000 Gäste an, die sich aus der Praxis erste Lösungsansätze und Erfahrungen zu Themen wie CO₂-Einsparungen, Wasserstoff oder betrieblichem Klimaschutz vorstellen ließen. Diskutiert wurde unter

anderem, wie man grünen Wasserstoff in und aus Afrika beziehen kann, wie Azubis Klimaschutz-Know-how in ihre Unternehmen bringen oder wie Biodiversität beim Bau von Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien Berücksichtigung findet.



Tag der jungen Wirtschaft (v.l.n.r.) mit dem Präsidenten der Bergischen IHK, Henner Pasch, der Bundesvorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Deutschland, Denise Schurzmann, und Kevin Kühnert, MdB

Wirtschaftsjunioren Deutschland – Lobbyarbeit für die junge Generation

In einem Jahr des gesellschaftlichen und strukturellen Wandels haben die Wirtschaftsjunioren der jungen Generation in wichtigen Debatten eine Stimme gegeben, etwa anlässlich des wachsenden Fachkräftemangels und im Zuge der Energiekrise. An der Spitze des Verbandes pflegte die Bundesvorsitzende Denise Schurzmann dazu einen intensiven Austausch mit der Bundespolitik. Als Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens weiß Schurzmann, mit welchen Herausforderungen Betriebe zu kämpfen haben. Vom Magazin Business Insider wurde sie unter 25 „Zukunftsmacherinnen“ der deutschen Wirtschaft gewählt. Das Magazin Focus taufte sie die „Lobbyistin der Generation Y“.

Erster Tag der jungen Wirtschaft

Zum Auftakt des Jahres 2022 luden die Wirtschaftsjunioren im Januar zum ersten Tag der jungen Wirtschaft, unterstützt vom DIHK. Bei dem neuen Format trafen junge Führungskräfte aus dem Mittelstand die neue Generation politischer Entscheidungsträger wie SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert. Gemeinsam mit weiteren Gästen von Fridays for Future sowie der Ökonomin Prof. Monika Schnitzer wurden in Berlin Zukunftsfragen diskutiert, etwa die Transformation zu nachhaltiger Wirtschaft, New Work und Digitalisierung. Das neue Erfolgsformat positioniert den Verband als Trendsetter am Puls der Zeit.

Energiepolitik 2.0

Mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges gab es aus den Reihen der Wirtschaftsjunioren eine breite Solidarität und vielfältige Unterstützungsangebote. Zugleich waren die Effekte der Energiekrise auch in den Unternehmen der WJ-Mitglieder zu spüren. Doch die junge Wirtschaft zeigte sich lösungsorientiert, viele Mitglieder ergriffen proaktiv Maßnahmen zum Energiesparen. WJD startete in der Folge die Onlineplattform

„WJ Ressourcensaver“, die Best Practices aus dem WJ-Netzwerk sammelt und bundesweit zugänglich macht.

Die Energiepolitik stand zudem im Fokus der WJ-Verbands-umfragen, an denen sich regelmäßig über 1.000 Mitglieder beteiligen. Im Verband wurde auf Basis der Befragung das Positionspapier „Energiepolitik 2.0“ ausgearbeitet und auf der WJD-Bundeskonzferenz der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMWK, Franziska Brantner, übergeben. Die WJD waren außerdem an der Ausarbeitung des Aktionsplanes „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ des Ministeriums beteiligt.

Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel

Der Mangel an qualifiziertem Personal zählt für viele Mitglieder zu den größten unternehmerischen Herausforderungen. Die Wirtschaftsjunioren engagieren sich selbst bereits auf vielfältige Weise für die Ausbildung. Im November kürte der Verband in Berlin nach zwei Jahren Coronapause wieder die kreativsten Ausbildungskonzepte Deutschlands mit dem „Ausbildungs-Ass“-Preis. Doch es braucht zusätzliche Impulse: Die WJD haben daher im Herbst einen Fünf-Punkte-Plan zur Fachkräftegewinnung veröffentlicht. Gefordert wurden die Einführung von Englisch als zweiter Verwaltungssprache und eine moderne Zuwanderungspolitik.

Junge Wirtschaft eine Woche im Bundestag

Im Oktober 2022 waren endlich wieder rund 120 Wirtschaftsjunioren für den Know-how-Transfer zu Gast im Deutschen Bundestag. Über diverse Formate hinweg gab es einen Austausch mit über 150 Bundestagsabgeordneten. Neben Treffen mit den Fraktions- und Parteispitzen der Regierungsparteien sowie der CDU/CSU gab es einen intensiven Austausch mit den jungen Gruppen der Fraktionen.

Begleitend zum Know-how-Transfer haben die WJD in einer zweiten „Woche der Vielfalt“ gezeigt, wie Vielfalt unsere Wirtschaft bereichern kann – sei es beim Kampf gegen den Fachkräftemangel, bei der Unternehmensnachfolge oder mit neuen Unternehmensgründungen durch bisher marginalisierte Gruppen. An der WJD-Social-Media-Aktion unter dem Motto #StatementfürVielfalt beteiligten sich auch zahlreiche Abgeordnete.



Denise Schurzmann (l.) und Ricarda Lang beim Auftaktabend zum Know-how-Transfer 2022

DIHK-Finanzen 2022

Der DIHK e. V. stellt freiwillig einen Jahres- und Konzernabschluss nach dem Handelsgesetzbuch auf. Mitglieder des DIHK e. V. sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland.

Zum Einzelabschluss des DIHK e. V. gehören die von den IHKs finanzierte Wirtschaftsplan-GuV für das Kerngeschäft in Berlin und Brüssel sowie die Wirtschaftspläne von 20 Auslandsbüros – den Delegationen und Repräsentanzen (Del/Rep) der Deutschen Wirtschaft. Diese Büros sind im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen hauptsächlich in Asien, im Vorderen Orient, in der Russischen Föderation, in Afrika und in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas tätig. Hinzu kommen gemeinsame Projekte der IHK-Organisation. Nicht in der Bilanz erfasst sind hingegen die rechtlich selbstständigen Auslands-handelskammern (AHK).

Der DIHK e. V. ist Alleingesellschafter der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten), der DIHK DEinternational GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Steuerung der inzwischen 16 DEinternational-Vertriebsgesellschaften der Del/Rep) und der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn. Außerdem ist der DIHK e. V. an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgesellschafter beteiligt, v. a. an der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund, und an der sequa gGmbH, Bonn.

Das Geschäftsjahr 2022 des DIHK war geprägt durch die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf die deutsche Wirtschaft – insbesondere mit Blick auf die Energiepreise. Der Krieg hatte aber auch Auswirkungen auf die Arbeit des AHK-Netzwerkes. Ein Schwerpunkt der Arbeit in Berlin war die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregie-

rung. Gleichzeitig wurde die Transformation in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts vorbereitet.

Im August 2022 erfolgte eine Cyberattacke auf die IHK-Organisation. IHK-Wissensmanagement und AHK-Connect – die interne Informationsplattform der AHKs – waren von der Attacke betroffen. Jenseits der unmittelbaren Krisenaktivitäten wurden die Grundlagen für eine strategische Antwort gelegt. Ein Projekt AHK-IT-Secure wurde in diesem Zusammenhang eingerichtet.

Zur Bilanz 2022

Anlagevermögen und Umlaufvermögen

Im Saldo stieg das Anlagevermögen um rd. 8,9 Mio. EUR auf rd. 157,8 Mio. EUR. Davon entfallen rd. 133,0 Mio. EUR auf das Finanzanlagevermögen – im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um rd. 10,3 Mio. EUR. Die Finanzanlagen verändern sich im Wesentlichen durch die Anlage von liquiden Mitteln in einem Spezialfonds zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen (rd. +2,2 Mio. EUR) sowie zur Ausfinanzierung der Rücklagen (rd. +7,7 Mio. EUR). Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,4 Mio. EUR auf 24,8 Mio. EUR verringert. Investitionen in Höhe von rd. 0,6 Mio. EUR standen dabei planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. EUR, insbesondere auf das DIHK-Gebäude (rd. 1,1 Mio. EUR), gegenüber.

Die Guthaben bei Banken enthalten zum 31. Dezember 2022 hauptsächlich kurzfristige Termingelder zur Sicherung der laufenden Liquidität. Von den insgesamt 44,7 Mio. EUR stehen lediglich rd. 31,4 Mio. EUR zur freien Verfügung. Diese freien Mittel dienen der rollierenden Vorfinanzierung der Umlagen und Beiträge sowie zur finanziellen Unterlegung

der Rückstellungen und zur Finanzierung noch zu dotierender Rücklagen. Bei den verbleibenden liquiden Mitteln handelt es sich um Guthaben der Del/Rep (rd. 8,6 Mio. EUR) sowie um gebundene Projektmittel (rd. 4,7 Mio. EUR), die Verwendungsrestriktionen unterliegen.

Eigenkapital und Rückstellungen

Das bilanzielle Eigenkapital des DIHK e. V. steigt einerseits in Höhe des Jahresüberschusses 2022 um 3,1 Mio. EUR und andererseits infolge der im Rahmen der Verschmelzung des Ernst-Schneider-Preis der deutschen Industrie- und Handelskammern e. V. entstandenen Kapitalrücklage um 0,2 Mio. EUR auf rd. 72,9 Mio. EUR zum 31. Dezember 2022. Unter Berücksichtigung der geplanten Gewinnverwendung (nachrichtlicher Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung) werden zum 31. Dezember 2022 zweckgebundene Rücklagen in Höhe von rd. 32,6 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen steigen um rd. 2,6 Mio. EUR auf rd. 103,4 Mio. EUR – insbesondere durch planmäßige Zuführungen, die Anpassung des Rententrends von bisher 2,5 % auf 3,0 % bei Altzusagen sowie in Höhe von 0,6 Mio. EUR durch die Verschmelzung mit dem Ernst-Schneider-Preis. Die übrigen Rückstellungen steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,0 Mio. EUR auf rd. 22,2 Mio. EUR.

Zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der DIHK e. V. stellt jeweils für den Finanzbedarf des kommenden Jahres eine Wirtschaftsplan-GuV sowie für die nächsten fünf Geschäftsjahre eine mittelfristige Planung auf.

Die Umsatzerlöse des DIHK e. V. setzen sich aus den Grundbeiträgen und Umlagen der IHKs (rd. 50,5 Mio. EUR), aus Eigeneträgen und Bundeszuwendungen der Del/Rep (rd.

12,5 Mio. EUR), Fördermitteln für Projekte (rd. 0,8 Mio. EUR) und sonstigen Erlösen (rd. 2,4 Mio. EUR) zusammen. Im DIHK-Konzern kommen von den einbezogenen Unternehmen zusätzlich Umsatzerlöse in Höhe von rd. 56,7 Mio. EUR hinzu.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt hat der DIHK e. V. mit Stichtag 31. Dezember 2022 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 447 Beschäftigte, einschließlich der Delegationen und Repräsentanten. Hiervon entfallen auf den DIHK e. V. in Berlin und Brüssel 246 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Düsseldorf 34 und auf die Wirtschaftsunioren in Berlin fünf. Weiterhin bestehen Verpflichtungen gegenüber neun Auszubildenden und sieben Beschäftigten im Ausbildungsring sowie sieben Beschäftigten in Elternzeit bzw. ruhenden Arbeitsverhältnissen. 139 Beschäftigte des DIHK e. V. sind im Bereich der Auslandsbüros (Del/Rep) tätig. Die Tochterunternehmen im Inland und Ausland beschäftigen darüber hinaus 595 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 612), davon 432 (Vj.: 464) in den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften.

Der Personalaufwand im DIHK e. V. sinkt gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,8 Mio. EUR auf rd. 36,8 Mio. EUR. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Aufwendungen für Altersversorgung. Hier wirken sich für das alte Pensionssystem gegenläufige Effekte aus. Aufwandserhöhend wirken sich der im Vergleich zum Vorjahr abermals gesunkene Abzinsungssatz sowie die Anhebung der Rentendynamisierung von 2,5 % auf 3,0 % (Anstieg des Rententrends der Altpensionen) aus. Gegenläufig kam es zu biometrischen Effekten, die sich insbesondere im letzten Quartal aufwandsmindernd ausgewirkt haben.

Gehälter Führungskräfte

Die Gehaltssumme für 40 Führungskräfte (DIHK-Hauptgeschäftsführung, DIHK-Bereichsleiter, Delegierte der deutschen Wirtschaft) beträgt 2022 insgesamt rd. 7,2 Mio. EUR. Auf den DIHK-Hauptgeschäftsführer, seinen Stellvertreter

und drei weitere Mitglieder der Hauptgeschäftsführung entfallen hiervon rd. 1,3 Mio. EUR. Das Gehalt des Hauptgeschäftsführers beträgt im Jahr 2022 inklusive variabler Leistungsprämie rd. 393 TEUR.

Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um rd. 3,0 Mio. EUR auf 23,1 Mio. EUR. Sie betreffen insbesondere Projektaufwendungen (4,7 Mio. EUR), Hausbetriebskosten (3,5 Mio. EUR), Honorare (3,5 Mio. EUR), Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen (3,3 Mio. EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung (2,9 Mio. EUR) sowie Reisekosten (1,5 Mio. EUR).

Die Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich einerseits aus einem Anstieg der Honorare (+1,3 Mio. EUR) insbesondere bedingt durch die bevorstehende Transformation des DIHK zur Körperschaft des öffentlichen Rechts. Andererseits haben sich die Aufwendungen für Veranstaltungen (+0,8 Mio. EUR) und Reisekosten (+0,8 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr erhöht, da die Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie weniger stark waren.

Das Finanzergebnis liegt mit rd. -1,4 Mio. EUR über dem Vorjahr (-1,8 Mio. EUR). Die Zinsaufwendungen liegen mit rd. 2,2 Mio. EUR um rd. 0,3 Mio. EUR unter dem Vorjahr. Sie resultieren im Wesentlichen aus zusätzlichen Aufzinsungsbeträgen für die Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Erträge aus den Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften DIHK Service GmbH (0,3 Mio. EUR) und DIHK DEinternational GmbH (0,1 Mio. EUR) liegen auf Vorjahresniveau. Die Ausschüttung aus dem Fonds zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen belief sich auf rd. 0,1 Mio. EUR. Beschlussgemäß erfolgte auch 2022 keine Ausschüttung aus dem Fonds.

Jahresüberschuss und Verwendung

Die Gewinn- und Verlustrechnung des DIHK e. V. schließt mit einem Jahresüberschuss von rd. 3,1 Mio. EUR (Vj.: rd. 22,8

Mio. EUR), davon DIHK-Wirtschaftsplan rd. 3,9 Mio. EUR, Del/Rep rd. -703 TEUR sowie Registeranwendungen -168 TEUR, ab.

Unter Berücksichtigung der von der Vollversammlung der DIHK am 15. März 2023 zu beschließenden Verwendung des Jahresergebnisses ergibt sich für den Bereich der Wirtschaftsplan-GuV ein Bilanzgewinn von rd. 12,2 Mio. EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 9,0 Mio. EUR), für den Bereich Del/Rep ein Bilanzgewinn von rd. 2,8 Mio. EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 3,5 Mio. EUR) und für den Bereich der Registeranwendungen ein Bilanzgewinn von rd. 0 EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 0,2 Mio. EUR).

Im DIHK-Konzern ergibt sich ein Überschuss von rd. 2,9 Mio. EUR (Vj.: rd. 19,4 Mio. EUR). Hiervon entfallen insgesamt rd. -0,2 Mio. EUR auf die Ergebnisse der Tochtergesellschaften DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn, der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Shanghai, VR China, der GIC German Industry and Commerce Ltd., Hongkong, VR China sowie der OOO Informationszentrum der deutschen Wirtschaft GmbH, Moskau, Russische Föderation. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften unterliegen zuwendungs- und steuerrechtlichen Verwendungsrestriktionen.

DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer

Der DIHK will in Berlin und Brüssel sowie mit dem weltweit tätigen AHK/Del/Rep-Netz die Interessen der gewerblichen Wirtschaft auf Basis solider Finanzen erfolgreich wahrnehmen. Der DIHK-Haushaltsausschuss achtet darauf, dass das im Einklang mit den Interessen und den finanziellen Möglichkeiten der Industrie- und Handelskammern – den Mitgliedern des DIHK – geschieht.

Die angemessene Eigenkapitalausstattung, die Bewertung von Risiken und die Entwicklung der Bilanzen werden daher regelmäßig im DIHK-Haushaltsausschuss und im Dialog mit den von der DIHK-Vollversammlung bestellten ehrenamt-

lichen Rechnungsprüfern beraten. DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer stützen sich dabei auf die Arbeit der DIHK-Geschäftsführung und der Wirtschaftsprüfer. Gerade mit Blick auf die vielfältigen internationalen Aktivitäten nutzt der DIHK ein detailliertes Risikomanagementsystem, das regelmäßig angepasst wird.

Neben DIHK e. V. und DIHK-Konzern spielt auch die Koordination des weltweiten Netzes der deutsch-bilateralen Auslandshandelskammern durch den DIHK im Rahmen der deutschen Außenwirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine wichtige Rolle. Insgesamt hat das weltweite AHK/Del/Rep-Netz ein Finanzvolumen von rd. 200 Mio. EUR und rd. 2.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (jeweils einschließlich Del/Rep).



Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin – Bilanz zum 31. Dezember 2022 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen)

Aktiva				Passiva		
		31.12.22 EUR	31.12.21 EUR		31.12.22 EUR	31.12.21 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen an solchen Rechten		163.629,00	276.086,00	I. Vereinskaptal	25.168.483,24	25.168.483,24
II. Sachanlagen				II. Kapitalrücklage	166.126,34	0,00
1. Grundstücke und Bauten		23.679.845,00	24.732.960,00	III. Sonstige Rücklagen		
2. Technische Anlagen und Maschinen		2,00	2,00	1. Risikorücklage nach § 21 Abs. 4 der DIHK-Satzung	12.600.000,00	7.000.000,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		971.772,00	1.199.456,00	2. Ausgleichsrücklagen	1.100.868,33	1.543.035,33
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	23.273,45	3. Reinvestitionsrücklage Gebäude	8.256.318,95	7.816.929,56
III. Finanzanlagen		24.651.619,00	25.955.691,45	4. Andere Rücklagen	5.980.682,20	3.853.091,63
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		929.536,03	929.536,03	(Vorsorge nachrichtlich EUR 32.559.703,48; Vj. 31.825.389,52)	27.937.869,48	20.213.056,52
2. Beteiligungen		518.534,29	518.534,29	III. Bilanzgewinn	19.619.393,53	24.290.485,62
3. Wertpapiere und liquide Mittel des Anlagevermögens zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen zur Finanzierung zweckgebunder Rücklagen	103.360.282,34 27.937.869,48		100.740.816,00 20.213.056,52	(verbleibender Bilanzgewinn nachrichtlich EUR 14.997.559,53; Vj. EUR 12.678.152,62)	72.891.872,59	69.672.025,38
4. Sonstige Ausleihungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 204.000,00; Vj. EUR 278.500,00)		131.298.151,82 278.500,00	120.953.872,52 353.000,00	B. Rückstellungen		
		133.024.722,14	122.754.942,84	1. Rückstellungen für Pensionen	103.360.282,34	100.740.816,00
		157.839.970,14	148.986.720,29	2. Steuerrückstellungen	1.574.258,00	722.165,00
B. Umlaufvermögen				3. Sonstige Rückstellungen	20.657.610,84	20.533.993,83
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					125.592.151,18	121.996.974,83
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		510.446,06	415.944,94	C. Verbindlichkeiten		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.064.285,15	1.094.644,32	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.086.875,74; Vj. EUR 889.662,53)	1.086.875,74	889.662,53
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	283.129,09	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.935.939,47; Vj. EUR 1.891.775,57)	1.935.939,47	1.891.775,57
4. Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern		1.024.991,31	986.576,69	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 94.730,03; Vj. EUR 290.384,86)	94.730,03	290.384,86
5. Forderungen gegen Auslandshandelskammern		9.120,76	3,49	4. Verbindlichkeiten gegenüber Industrie- und Handelskammern (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 453.381,00; Vj. EUR 105.515,00)	453.381,00	105.515,00
6. Sonstige Vermögensgegenstände		3.163.827,85	3.253.722,65	5. Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.348.757,79; Vj. EUR 1.930.837,52) (davon aus Steuern EUR 453.655,99; Vj. EUR 407.355,87) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 38.779,50; Vj. EUR 37.811,06)	2.412.809,74	2.026.916,46
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		5.772.671,13	6.034.021,18		5.983.735,98	5.204.254,42
		44.705.391,82	45.045.560,77	D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.409.135,60	3.619.886,33
		50.478.062,95	51.079.581,95	E. Passive latente Steuern	505.000,00	425.000,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.063.862,26	851.838,72			
		209.381.895,35	200.918.140,96	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	209.381.895,35	200.918.140,96
					4.633.042,79	4.963.356,95

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin – Gewinn- und Verlustrechnung für 2022 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen)

	2022		2021	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (davon Grundbeiträge/Umlagen EUR 50.479.099,97; Vj. EUR 49.658.700,09)		66.169.327,49		65.660.818,23
2. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus Währungsumrechnung EUR 192.873,36; Vj. EUR 99.243,58)		2.233.960,60		21.062.678,02
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.085.304,49		1.481.901,42
4. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 4.193.285,90; Vj. EUR 8.867.339,95)	28.060.701,17 8.773.392,46		25.171.189,61 13.464.581,76	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		36.834.093,63		38.635.771,37
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung EUR 342.763,64; Vj. EUR 140.189,09)		1.836.190,91 23.097.064,35		2.018.726,38 20.113.632,34
7. Erträge aus Beteiligungen	245.491,43		196.542,45	
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	406.639,42		353.853,03	
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	89.220,88		94.914,10	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	52.052,93		42.908,26	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 1.968.786,67; Vj. EUR 2.260.384,44)	2.212.453,15		2.483.672,09	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-1.419.048,49 965.704,90		-1.795.454,25 -306.314,29
13. Ergebnis nach Steuern		3.165.881,32		22.984.324,78
14. Sonstige Steuern		112.160,45		135.078,75
15. Jahresüberschuss davon DIHK-Wirtschaftsplan Registeranwendungen Delegationen/Repräsentanzen		3.053.720,87 3.925.185,01 -168.594,49 -702.869,65		22.849.246,03 22.880.148,62 0,00 -30.902,59
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr davon DIHK-Wirtschaftsplan Delegationen/Repräsentanzen Registeranwendungen		24.290.485,62 20.589.190,89 3.532.700,24 168.594,49		2.479.316,21 -1.252.881,11 3.563.602,83 168.594,49
17. Entnahmen aus den Rücklagen		4.329.687,04		2.145.991,69
18. Einstellungen in die Rücklagen		12.054.500,00		3.184.068,31
19. Bilanzgewinn		19.619.393,53		24.290.485,62
Ergebnisverwendung (nachrichtlich) Entnahmen aus der Vorsorge Einstellungen in die Vorsorge		442.166,00 5.064.000,00		442.167,00 12.054.500,00
verbleibender Bilanzgewinn nachrichtlich davon DIHK-Wirtschaftsplan Delegationen/Repräsentanzen Registeranwendungen		14.997.559,53 12.167.728,94 2.829.830,59 0,00		12.678.152,62 8.976.857,89 3.532.700,24 168.594,49

Impressum

Ihre Ansprechpartner 2023: <https://www.dihk.de/de/ueber-uns>

Herausgeber © DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammer
(bis zum 31.12.2022 Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.)
Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Telefax 030 20308-1000 | Internet: www.dihk.de

Redaktion Frank Thewes, Urban Comploj, DIHK Berlin

Grafik Design Friedemann Encke, DIHK Berlin

Bildquellen Umschlagseiten:

U1: Jens Schicke
U2: Werner Schuering (2); Helmut Thewalt, Trier; Jens Schicke; Werner Kuhnle; Thomas Seuthe; Thomas Kierok
U3: Oliver Vonberg / Handelskammer Hamburg; Christoph Meyer; Foto Brunke; Kristin Langholz / Gründer-Journal / Linsenmomente; Honkphoto Holger Kiefer;
Jörg Sarbach; Thomas Kiehl; Annika List; Alexander Fischer; IHK Köln; IHK Potsdam / Ann-Kathrin Löhnwitz; Barbara Frommann
U4: Bayer Nordic; Jürgen Müller; IHK Schwaben; Muck; Enno Kapitza; privat; Jörg Sarbach; Oliver Vonberg; IHK Dresden;
Amin Akhtar / IHK Berlin; EMW AG; Michael Reichel / arifoto.de
U5: Torben Jäger; Marko Priske; IHK Neubrandenburg / Thomas Kunsch; Altenburger Tourismus GmbH / Fotostudio Hirsch; Peter Herzig;
Goran Gajanin / Serverin Schweiger / Das Kraftbild; BMW AG; Matthias Wuttig / www.fotofuerdich.de; Herbener; Frank Peterschroeder;
Melanie Löffler; FOTO Borchard / Angelika Loeffler; TKM GmbH; EMW AG; Annette Birkenfeld

Innenteil:

S. 4 Michael Tewes; S. 5 Werner Schuering; Jens Schicke; S. 6 Werner Schuering; S. 8 Jens Schicke; S. 11, 13 Jens Schicke; S. 14 DIHK-Netzwerkbüro Afrika; S. 15 Jens Schicke;
S. 16, 17 Markus Braumann, offenblende.de; S. 19 Friedemann Encke, DIHK; Stefan S. Sämmer; S. 20 DIHK; S. 21 Elektro Kreutzpointner GmbH; S. 22 Projekt „Hand in Hand for
International Talents“; S. 23 Nils Hasenau; S. 24 Marko Priske; S. 25, 27, 28 Jens Schicke; S. 29 Werner Schuering; S. 30 Marko Priske; S. 31 Hermann Pentermann; S. 32 Ann-Kathrin
Löhnwitz; S. 32, 33 Stefan Specht; S. 34 Land NRW / Michael Setzpandt; S. 36 Heiko Becker; S. 37 Nils Hasenau; S. 38 Sandra Hartig, DIHK; S. 39 Friedemann Encke, DIHK;
S. 40 Ryan Francoz, AHK Kanada; S. 41 Jan Reichel; S. 42 Klemens Kober, DIHK; S. 43 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Steffen Kugler; S. 44 Philipp Nüßlein, DIHK;
S. 45 Jens Schicke; S. 46 Gabriela Panek, DIHK; S. 47 Jens Schicke; S. 48 Jens Schicke (2); Guillaume Bassem, Eurochambres; S. 49 Philippe Veldeman; S. 50 Lea Etsebeth (2);
S. 51, 52, 53, 54 Jens Schicke; S. 55 Deutsch-Arabisches Industrie- und Handelskammer; S. 56 Maurice Weiss / Ostkreuz / BMWK; S. 57 AHK Japan; S. 58 Hildegard Reppelmund;
S. 59 DIHK; S. 60 Andreas Burkhard; S. 61 Karsten Klama; S. 62, 64, 65, 66 Jens Schicke; S. 67 Magdalena Białek, AHK Polen; S. 68 KraussMaffei Technologies; AHK Serbien;
S. 69 Young Energy Europe; Bundesamt für Naturschutz; S. 70 AHK Baltikum; S. 71 DIHK Service GmbH (Chambers for GreenTech); AHK Zentralasien; S. 72, 73 Lukas Schramm;
S. 76 iStock / Getty Images Plus / catenarymedia.

Stand Februar 2023

Druck DCM Druck Center Meckenheim GmbH | Werner-von-Siemens-Straße 13 | 53340 Meckenheim

#GemeinsamWirtschaftStärken

